

Verkehr



Fluglinien

Vorrang für Sicherheit. Der Kostendruck im Flugverkehr darf nicht zu Lasten der Sicherheit der Beschäftigten und der Passagiere gehen.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Heimhilfen

Schlecht für die Gesundheit. Eine Einsparungsmaßnahme der Wiener Gebietskrankenkasse belastet Heimhilfen und pflegebedürftige Menschen.

Private Dienstleistungen



Tourismus

Prekär beschäftigt, oft arbeitslos. So geht es vielen Beschäftigten im Tourismus. Höhere Löhne sind nötig, ebenso eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit.

Thema

Tatort Arbeitsplatz

25 Selbstmorde unter den Beschäftigten in eineinhalb Jahren – diesen Negativrekord kann die France Télécom vermeiden. Derart schlimme Vorfälle sind hierzulande nicht bekannt, dennoch gibt es Handlungsbedarf. Mobbing kommt in vielen Betrieben vor, aber auch Beschimpfungen oder körperliche Übergriffe durch KundInnen gibt es immer wieder. An die Öffentlichkeit gelangen meist nur besonders schockierende Vorfälle.

Gewalt im Job. Weil uns die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten ein Anliegen ist, reden wir über die Gewalt in den Betrieben. In dieser Ausgabe der vida-Zeitung, aber auch mit der Initiative „Tatort Arbeitsplatz. Gib der Gewalt im Job keine Chance“ machen wir das Thema zum Schwerpunkt. Mehr über die vida-Initiative finden Sie auf Seite 2.

Übergriffe. Mit welchen Gefahren die ArbeitnehmerInnen in Spitälern und bei Rettungs-

diensten konfrontiert sind, was die Betriebe dagegen unternehmen und welche Schutzmaßnahmen sich die Beschäftigten wünschen, lesen Sie auf Seite 4.

Durchgehalten. Über zwei Jahre wurde eine Hausbesorgerin von einer Mieterin und deren gewalttätigen Freund tyrannisiert. Sie hat durchgehalten. Mehr dazu auf Seite 5.

Keine Grenzen. Die Sicherheit im Eisenbahnbereich darf nicht an den Landesgrenzen enden. Die europäischen Bahngewerkschaften fordern Regelungen zur Hebung der Sicherheit. Die Details dazu finden Sie auf Seite 2.

Unsichtbare Passagiere. Viele Container aus Übersee, in denen Schuhe und Textilien angeliefert werden, enthalten giftige Gase. Das bedroht die Gesundheit der Hafendarbeiter und der KonsumentInnen, warnt die Internationale Transportarbeiter Föderation. Lesen Sie mehr darüber auf Seite 6.

Wir müssen offen über die Gewalt am Arbeitsplatz reden und aktiv dagegen auftreten.



Foto: Fotolia/by-studio

**GIB DER GEWALT
IM JOB KEINE CHANCE**

Aus dem Inhalt

Gewalt im Job:
Wieviel Schutz bietet das Recht? Seite 2

Tatort Arbeitsplatz:
Was vida gegen die Gewalt im Job unternimmt Seite 3

Sicherheit im Schienenverkehr:
vida und die ETF verlangen strengere Regelungen Seite 3

Durchgehalten:
Wie eine Hausbesorgerin gegen Psychoterror kämpfte... Seite 5

Wer zahlt für die Krise?
Die Verteilungsfrage spitzt sich zu..... Seite 9

Gewinnen mit vida:
Mitmachen und einen Kurzurlaub gewinnen..... Seite 8

Impressum:
Alle MitarbeiterInnen dieser Ausgabe Seite 8

Ein perfides Spiel

US-Finanzkonzerne zahlen heuer Rekordgehälter, meldete unlängst das „Wall Street Journal“. Demnach erhalten Topmanager heuer um rund 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch in Österreich sitzen die Manager fest im Sattel und verdienen im Durchschnitt das 48fache eines Durchschnittslohns. Und die Banken zahlen trotz Staatshilfen absolute Rekordboni aus.

Abkassiert. Wie geht denn das? Die Wirtschaft taumelt, die Arbeitslosenzahlen steigen und die Chefetage kassiert fett ab? Vergessen sind die inbrünstigen Lip-

penbekenntnisse, nun maßvoller agieren zu wollen. Vergessen die kleinlauten Rufe nach staatlicher Hilfe zur Rettung der Banken.

Keine Regeln. Die EU empfiehlt strengere Richtlinien für Managergehälter. Betonung auf „empfiehlt“, und daran hält sich Österreich: Der nationale Kodex strotzt vor guten Empfehlungen an die Unternehmen und hält das Credo der Freiwilligkeit hoch. Verbindliche gesetzliche Regelungen gibt es keine.

Leistungsträger. Während die Finanzakteure also ungestraft davon kommen und da weiter

machen, wo sie sich nach Ausbruch der Krise eingebremst haben, wird innenpolitisch eine Sozialdebatte vom Zaun gebrochen. Menschen, die unverschuldet ihren Job verloren haben oder die ihre Familie trotz mehrerer prekärer Arbeitsverhältnisse kaum ernähren können, wird unterstellt, sich in die „soziale Hängematte“ zu legen. Es wird von „Leistungsträgern“ gesprochen und solchen, die es eben nicht sind. Ein perfides Spiel, um von den Schuldigen abzulenken und die zur Kasse zu bitten, die nun wirklich gar nichts für die Krise können. (is)



Kommentar

25 Selbstmorde in ein- einhalb Jahren – dieser Negativrekord hat den Konzern France Télécom in die Schlagzeilen gebracht. Mehr als 20.000 ArbeitnehmerInnen wurden in den vergangenen Jahren gekündigt, von den Verbliebenen wurden Tausende mit dem Slogan „time to move“ beinahe beliebig versetzt. Die französische Regierung reagiert auf die Selbstmordwelle mit gesetzlichen Regelungen: Sie will ein Stressverbot am Arbeitsplatz beschließen und Firmen, die sich nicht an diese Regeln halten, online an den Pranger stellen.

Angstmacher Job? Derart schlimme Vorfälle sind mir hierzulande nicht bekannt, dennoch gibt es Handlungsbedarf. Stress und Mobbing nehmen zu. Viele Beschäftigte werden im Job beschimpft, bedroht oder auch körperlich attackiert. Fahrgäste, die ihre Aggressionen am Verkehrspersonal auslassen, MieterInnen, die ihren HausbesorgerInnen schikanieren, PatientInnen, die das Krankenpflegepersonal herumkommandieren ohne ein Bitte oder Danke über die Lippen zu bringen. In einer Resolution bekennen sich die Sozialpartner gemeinsam mit den Trägern der Unfallversicherung sowie dem Sozial- und Verkehrsministerium nun dazu, die Hilfestellung bei Gewalt am Arbeitsplatz zu verbessern und die Prävention zu verstärken. Konkrete Maßnahmen müssen folgen.

Gegenmaßnahmen. Die Arbeitsinspektion sollte das Vorkommen von Gewalt, Belästigung und Mobbing in Zukunft genauso kontrollieren wie sie Mängel in der technischen Ausstattung eines Arbeitsplatzes erhebt. Betriebe müssen verbindliche Leitlinien zum Umgang miteinander erarbeiten und umfassende Präventionsmaßnahmen, um die Beschäftigten vor Gewalt zu schützen.

Bei sich beginnen. Viel bleibt auf betrieblicher, sozialpartnerschaftlicher und gesetzlicher Ebene zu tun, um Gewalt im Job wirksam zu verhindern bzw. einzudämmen. Jede/r von uns kann auch selbst dazu beitragen, dass der Stress weniger und das Arbeitsklima ein besseres wird. Indem wir den KollegInnen mit Wertschätzung begegnen und indem wir auch in unserer Freizeit als KundIn, Fahrgast oder KlientIn den Beschäftigten, mit denen wir zu tun haben, respektvoll begegnen.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Wieviel Schutz bietet das Recht?

Zwar gibt es kein eigenes Schutzgesetz gegen Gewalt am Arbeitsplatz, dennoch sind ArbeitnehmerInnen bei Gewalt im Job nicht wehrlos

Das es in Österreich kein eigenes Schutzgesetz gegen Gewalt am Arbeitsplatz gibt, macht ArbeitnehmerInnen bei Gewalt im Job nicht schutz- oder rechtlos. Nach einer wichtigen Bestimmung in unserer Rechtsordnung – § 16 ABGB – haben alle Menschen bestimmte Persönlichkeitsrechte. Diese Bestimmung schützt die Menschenwürde und anerkennt die Persönlichkeit als Grundwert. Die Persönlichkeitsrechte geben den Geschädigten gegebenenfalls auch Ansprüche auf Schadenersatz.

Pflicht zur Fürsorge. Im Arbeitsrecht ist die Fürsorgepflicht der ArbeitgeberInnen verankert. Sie müssen die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass das Leben und die Gesundheit der Beschäftigten möglichst geschützt werden; gegen deren Gefährdungen haben sie unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Die Fürsorgepflicht beinhaltet auch, dass Gewalt durch Dritte, wie zum Beispiel KundInnen,

so weit als möglich abzustellen ist. Kommen ArbeitgeberInnen dieser Pflicht nicht nach, können sie für die durch diese Gewalt entstandenen Schäden haftbar gemacht werden.

ArbeitnehmerInnenschutz. Das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz verpflichtet die Unternehmen in § 3 Abs 1 für Sicherheit und Gesundheitsschutz der ArbeitnehmerInnen in Bezug auf alle Aspekte, die die Arbeit betreffen, zu sorgen. Das umfasst auch die Pflicht, ArbeitnehmerInnen vor Gewalt durch Dritte so weit als möglich zu schützen. Daraus ist die Pflicht der ArbeitgeberInnen zur Schulung von besonders gefährdeten ArbeitnehmerInnen abzuleiten (z.B. im Bewachungsdienst). Bei geschlechtsspezifischen Formen der Gewalt am Arbeitsplatz, zum Beispiel sexueller Belästigung, bieten die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes Schutz und eine Grundlage für Entschädigungszahlungen.

Mit falschen Zahlen und Daten wird wieder Stimmung gegen MigrantInnen gemacht. vida tritt für eine nachhaltige Integrationspolitik ein.

Ausländerfeindliche Aussagen sind in letzter Zeit wieder gehäuft von einigen PolitikerInnen zu hören. Untermauert werden die markigen Sprüche gern mit Zahlen, die einer Überprüfung nicht standhalten. Oft gehört, trotzdem falsch ist zum Beispiel die Behauptung, dass „die Auslän-

der“ unserem Sozialsystem teuer zu stehen kämen. MitbürgerInnen ausländischer Herkunft haben im Jahr 2008 um 1,5 Milliarden Euro mehr in das österreichische Sozialsystem einbezahlt, als sie Leistungen erhalten haben.

Nachholbedarf. „Probleme, die es im Zusammenleben gibt, müssen offen angesprochen werden. Ein gegenseitiges Aufhetzen und Angstmache bringen niemand weiter“, sagt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske. Integrationswillige MigrantInnen, aber auch die ÖsterreicherInnen seien mit ihren Problemen in den vergangenen Jahren oft allein gelassen worden. „Das muss sich ändern. Wichtig ist, dass nachhaltige Maßnahmen gesetzt werden, um das Miteinander zu fördern“, so Kaske. Natürlich brauche es klare und nachvollziehbare Spielregeln – dazu zäh-



Mehr Schutz vor Gewalt im Job: Die Sozialpartner verhandeln über Maßnahmen.

Foto: Fotolia/sk design

Sozialpartner verhandeln. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben auf EU-Ebene eine freiwillige Rahmenvereinbarung zum Thema Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist das Verhindern, Erkennen und Bewältigen von Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz. Die Vereinbarung soll von den Sozialpartnern in den einzelnen Mitgliedsstaaten bis April 2010 umgesetzt werden. In Österreich starten die Verhandlungen zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer zur Umsetzung der Vereinbarung im November. Das Bekenntnis, mehr gegen Gewalt am Arbeitsplatz unternehmen zu wollen, haben Sozialpartner, Sozial- und Verkehrsministerium sowie die Träger der Un-

fallversicherung auch kürzlich in einer gemeinsamen Resolution verankert. „Das Problembewusstsein ist gestiegen, jetzt geht es darum, dass konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt am Arbeitsplatz entwickelt werden“, sagt Renate Lehner, stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft vida.

gertrude.oelmack@vida.at

Info



Bei Fragen zu den rechtlichen Bestimmungen wenden Sie sich bitte an das vida-Rechtsreferat.
recht@vida.at

Aktuelles

Oft gehört, trotzdem falsch



Kampagne aus dem Jahr 2007 von Black Austria

le auch das Erlernen der deutschen Sprache. „Andererseits müssen wir den Menschen, die hier sind und sich integrieren und ihren Kindern auch eine

Zukunftsperspektive geben“, sagt der vida-Vorsitzende.

Bei vida am Wort. MigrantInnen und ÖsterreicherInnen kommen beim vida-Podcast zum Thema Integration zu Wort. Wir haben unter anderem eine polnische Ärztin, zwei Jugendliche, die bei den ÖBB eine Lehre machen und einen Gewerkschafter, der in der MigrantInnenberatung tätig ist, zum Umgang miteinander befragt.

martina.fassler@vida.at

Hörtipp



Hören Sie sich den vida-Podcast unter
<http://podcast.vida.at>

Tatort Arbeitsplatz

vida startet eine Initiative zur Bekämpfung von Gewalt am Arbeitsplatz.

Eine/n von zehn Beschäftigten trifft es im Durchschnitt. Er oder sie wird mit Gewalt, Belästigung oder Mobbing am Arbeitsplatz konfrontiert, besagt eine EU-weite Studie. Diese Übergriffe gehen besonders häufig von KlientInnen, KundInnen oder PatientInnen aus. Aber auch Gewalt durch ArbeitskollegInnen oder Vorgesetzte – zum Beispiel durch Psychoterror am Arbeitsplatz – kommt in vielen Betrieben vor.

Offen darüber reden. „An die Öffentlichkeit gelangen meist nur besonders schockierende Vorfälle. Wenn ein Busfahrer von randalierenden Fahrgästen verletzt, eine Krankenschwester von einer Patientin att-

ckiert wird oder ein als unfähig geltender Mitarbeiter im Büro einen Amoklauf begeht“, sagt Peter Traschkowitsch, der die vida-Initiative „Tatort Arbeitsplatz. Gemeinsam gegen Gewalt im Job“ koordiniert. vida geht es darum, die tägliche Gewalt, die die Beschäftigten erfahren, von der Beschimpfung bis zu körperlichen Angriffen, sichtbar zu machen. Im Auftrag von vida führt das Meinungsforschungsinstitut ifes deshalb in den nächsten Wochen österreichweit eine Umfrage unter Tausenden Beschäftigten durch. „Mehr als 60 Betriebsratsteams unterstützen uns, damit wir in den Betrieben die Daten erheben können“, so Traschkowitsch. Denn nur wenn die Fakten auf dem Tisch liegen und alle offen darüber reden, kann man etwas verändern.

Infoplattform. Das Thema enttabuisieren möchte vida auch mit einer eigenen Website, die ab sofort online ist. Auf www.tatortarbeitsplatz.at findet man Infos zur rechtlichen Situation, Be-



Wegschauen ist keine Lösung. Es ist wichtig, Gewalt im Job zu thematisieren und Gegenmaßnahmen einzufordern.

**TATORT
ARBEITSPLATZ**



Foto: Fotolia

schäftigte und BetriebsrätInnen berichten über die Situation in ihrer Branche. Auch Best-Practice-Beispiele einzelner Betriebe finden sich auf der Website beschrieben. Zusätzlich veranstaltet vida gemeinsam mit der AK Wien am 23. November eine Tagung, die sich ausführlich mit dem Thema befasst.

Hilfe durch vida. BetriebsrätInnen bietet vida ab sofort eine Muster-Betriebsvereinbarung an. In der Vereinbarung ist das Bekenntnis zum wertschätzenden Umgang miteinander festgehalten, ebenso die Maßnahmen, die in Kraft treten, wenn sich jemand nicht an die-

se Regeln hält oder die Gewalt durch Dritte – KundInnen, PatientInnen – ausgeht. Ab 2010 bietet vida BetriebsrätInnen Seminare zum Thema Gewaltprävention an sowie auch ein Konfliktbewältigungsseminar für Mitglieder. Zusätzlich wurde der ÖGB-Berufsschutz ausgeweitet: Bisher konnten Gewerkschaftsmitglieder im Fall von Mobbing um Rückerstattung der Kosten für psychologische oder therapeutische Betreuung bzw. Rechtsberatung ansuchen. Ab sofort ist dies auch möglich, wenn die psychologische oder therapeutische Betreuung bzw. die Rechtsberatung wegen Gewalt am Arbeitsplatz nötig

ist. Der ÖGB übernimmt einen Kostenbeitrag von bis zu 200 Euro pro Jahr.

martina.fassler@vida.at

Webtipp



www.tatortarbeitsplatz.at

Auf der Website finden Sie das Programm der Veranstaltung am 23. November, die Muster-Betriebsvereinbarung als Download und viele Infos zum Thema Gewalt am Arbeitsplatz.

Keine Grenzen für die Sicherheit

Angesichts des schweren Eisenbahnunglücks in Italien fordern die europäischen Bahngewerkschaften klare gesetzliche Regeln zur Hebung der Sicherheit.



Zum Schutz der Beschäftigten und der Reisenden fordern die Gewerkschaften eine Verbesserung der Sicherheitsstandards.

Foto: ÖBB/Harald Eisenberger

In der Nacht von 29. auf 30. Juni 2009 explodierten nahe der italienischen Stadt Viareggio in Folge einer Entgleisung mehrere mit Flüssiggas gefüllte Waggonen. 22 Menschen kamen dabei ums Leben und dutzende wurden schwer verletzt. Die italienische Bahn will keine Schuld tragen, die Waggonen seien nicht in ihrem Besitz gewesen. Der Waggon-Eigentümer (Sitz in Österreich), weist ebenfalls die Verantwortung von sich, da die Wagen wiederum von einem anderen Unternehmen gewartet worden wären usw.

Liberalisierung. Aus Sicht der europäischen Verkehrsgewerkschaften sind das unhaltbare

Zustände. Sie fordern Konsequenzen der Gesetzgeber auf nationaler und europäischer Ebene: Derartigen Auswüchse als Folge der Liberalisierung im europäischen Eisenbahnbereich müsste mit klaren standardisierten gesetzlichen Regelungen Einhalt geboten werden.

Risiken begrenzen. „Wir wollen die Sicherheit im Schienenverkehr hoch halten, um so auch die Risiken durch die Bahnliberalisierung so weit wie möglich begrenzen zu können“, erklärte der stellvertretende vida-Vorsitzende, Wilhelm Haberzettl, im Rahmen des vom 9. bis 10. September 2009 in Basel abgehaltenen Vierländertreffens der deutschsprachigen Bahn- und Verkehrsgewerkschaften. Dabei haben die Gewerkschaften vereinbart, dass sie gemeinsam Anstrengungen zur Förderung der Bahnsicherheit unternehmen werden.

Sicherheit verbessern. Die Bahnen müssten sich verstärkt darum bemühen, das Sicherheitsniveau zu halten und zu verbessern. Konkret sollen die Erfahrungen dazu aus den einzelnen Ländern ausgetauscht werden, um hohe Sicherheitsstandards durchzusetzen, sagt Haberzettl.

Mittlerweile haben die Gewerkschaften innerhalb der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF), Sektion Eisenbahn, auch eine Arbeitsgruppe zum Thema Eisenbahnsicherheit eingerichtet.

Gesetzliche Vorgaben. Auch in Österreich hat die Gewerkschaft vida bereits an die zuständige Verkehrsministerin bezüglich klarer gesetzlicher Vorgaben zur Hebung der Eisenbahnsicherheit appelliert: „Sicherheitsrelevante Einrichtungen gehören in kürzeren Intervallen überprüft und es ist die Ausbildung des für die Sicherheit zuständigen Personals für alle in Österreich tätigen Eisenbahnunternehmen einheitlich zu regeln“, betont Gerhard Tauchner vom vida-Ausschuss Traktion. Darüber hinaus gehörten die Kapazitäten der kontrollierenden Arbeitnehmerschutzbehörde (Verkehrsarbeitsinspektorat) erhöht. Auch die Sicherheitsstandards für Eisenbahnkreuzungen müssten überarbeitet werden. Schließlich stamme die Verordnung dazu schon aus dem Jahr 1961 und sei zuletzt 1988 geändert worden, gibt Tauchner zu bedenken.

hansjoerg.miethling@vida.at

Eisenbahn

„Wir brauchen öfters die Polizei“

Kranken Menschen zu helfen, das ist ihr Job. Manchmal geraten die Beschäftigten in Spitälern und bei den Rettungsdiensten dabei in gefährliche Situationen. „Was wird dagegen unternommen?“, hat vida nachgefragt.

Als Portier hat Gerhard Szaga-Doktor im Lorenz-Böhler-Unfallkrankenhaus (UKH) einen Überblick über die „Vorfälle“, die sich in dem Haus abspielen. An seiner Portierloge kommen täglich hunderte BesucherInnen und PatientInnen vorbei. Darunter gibt es immer wieder Menschen, die sich aggressiv verhalten. „Weil sie nicht warten wollen; weil sie nicht akzeptieren wollen, dass sie außerhalb der Besuchszeit gekommen sind; oder wenn wir sie ersuchen, weniger Lärm zu machen. Es gibt viele Anlässe, aus denen die Leute ausfällig oder handgreiflich werden“, erzählt Szaga-Doktor. Seit 1987 arbeitet er als Portier, gleichzeitig engagiert er sich als Vorsitzender des Arbeiter-Betriebsrats.

Notruf. Auch wenn sich das Krankenpflegepersonal oder ÄrztInnen auf den Stationen bedroht fühlen, wird der Portier verständigt – und alarmiert darauf die Polizei. „Im Sommer erst hat ein Mann in unserem Krankenhaus am Gang einen älteren Patienten niedergeschlagen, weil er sich nicht hinter ihm anstellen wollte. Im Schnitt haben wir dreibis viermal die Woche die Polizei im Haus“, erzählt Gerhard Szaga-Doktor.

Mehr Kontrolle. Ein Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes patrouilliert in den Abendstunden bis ein Uhr nachts durch die Gänge des Krankenhauses. Szaga-Doktor wünscht sich eine Ausweitung des Kontrolldienstes. „Der Nachtdienst, in dem relativ wenig Personal anwesend ist, dauert bis sechs Uhr früh. Bis dahin sollte auch der Sicherheitsdienst im Haus sein und zusätzlich an den Wochenenden.“ Auch die Überwachung durch Kameras hätte der Betriebsrat gern verstärkt. Ein weiterer Kritikpunkt seinerseits: „Wir schreiben alle Vorfälle in unser Protokollbuch auf, aber wir wissen nicht, ob diese Aufzeichnungen von unserer Verwaltung überhaupt beachtet werden. Es wäre sinnvoll, unsere Aufzeichnungen zur Gefahrenewertung heranzuziehen.“

Miteinander reden. Im Umgang der Führungskräfte mit den Beschäftigten wünscht sich der Betriebsrat einen kollegialeren Ton und mehr Information. „Neuerungen werden bei uns meist als schriftliche Dienst-anweisung bekannt gemacht. Mir fehlt, dass man vorab mit den Beschäftigten spricht und sie um Verbesserungsvorschläge fragt.“

Kaum Dank. Einen respektvolleren Umgang der PatientInnen mit den Beschäftigten wünscht sich Martin Dworschak. Der diplomierte Krankenpfleger arbeitet auf der Herz-Intensivstation der Barmherzigen Brüder in Wien. Dworschak ist auch Vorsitzender des Angestellten-Betriebsrates in dem Krankenhaus, in dem 740 Menschen beschäftigt sind. „Wenn man nicht gleich springt, wird man von manchen regelrecht zusammengeschimpft“, so der Betriebsrat. Bei ausländischen Krankenschwestern komme es vor, dass sie von PatientInnen gleich per Du angesprochen würden, kritisiert er. Andererseits gebe es immer wieder Kommunikationsprobleme mit PatientInnen, die kein Deutsch verstün-



In einem Krankenhaus sind täglich hunderte Menschen unterwegs. Nicht alle verhalten sich friedlich.

Foto: ruba

den. „Das ist für das Personal schon eine Belastung, die zu zusätzlichem Stress führt“, so Dworschak.

Notfallsmaßnahmen. Beschäftigte könnten nach psychisch belastenden Vorfällen eine Supervision in Anspruch nehmen. Seit kurzem würden auch Seminare gegen Burn-Out und die Möglichkeit zu einem Gruppen-Coaching für die einzelnen Teams angeboten, berichtet der Betriebsrat. Als besonders gefährdete Gruppe, was körperliche Übergriffe anbelangt, sieht Dworschak ebenfalls die Portiere an sowie die Beschäftigten in der Ambulanz. „Die Ambulanz liegt ein bisschen abgelegen und es kommen relativ viele Menschen hin.“ Die MitarbeiterInnen der Ambulanz wurden deshalb vor kurzem mit Uhren mit einer Notruftaste ausgestattet. Dworschak hätte gern – so wie im UKH – zusätzlich einen privaten Sicherheitsdienst zum Schutz im Haus.

Gegenseitige Hilfe. Auf diesem Grundsatz basiert das Peer-System, das es beim Roten Kreuz seit zehn Jahren gibt. Der Gedanke dahinter:

MitarbeiterInnen sollen nach belastenden Einsätzen jederzeit auf AnsprechpartnerInnen aus dem Kollegenkreis zurückgreifen können. Die Peers, das sind MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes, vom Sanitäter bis zur Ärztin, die eine spezielle Ausbildung in Konfliktlösung, Stressverarbeitung und Kommunikation absolviert haben und dazu auch regelmäßig Weiterbildung erhalten. „Die Peers stehen zur Verfügung, wenn jemand Hilfe aus dem Kreis der Kollegenschaft in Anspruch nehmen will, ohne Zwang, und sind zur Verschwiegenheit verpflichtet“, erzählt Christian Dörner, der das Peer-System beim Wiener Roten Kreuz (WRK) aufgebaut hat und koordiniert. 26 aktive Peers gibt es derzeit beim WRK, jeweils einer davon ist im Dienst und erreichbar, zusätzlich gibt es eine 24-Stunden-Hotline.

Schnell reagieren. Das gehört zum Job der Rettungs- und NotfallsanitäterInnen. „Dennoch gibt es immer wieder unerwartete Situationen. Menschen mit Psychosen, drogensüchtige und alkoholranke Menschen, aber auch PatientInnen im Zuckerschok oder nach einem Schlaganfall reagieren

manchmal aggressiv“, berichtet Wolfgang Hruza, der seit 18 Jahren beim WRK als Notfallsanitäter arbeitet und zugleich Betriebsratsvorsitzender ist. Mindestens genauso belastend seien aber Einsätze, bei denen man Zeuge von menschlichen Schicksalen werde. „Wenn dich ein krebskrankes Kind beim Transport nachhause plötzlich fragt, ob es Weihnachten noch erleben wird, das ist nicht so leicht wegzustecken“, so Dörner. Nicht alle greifen in dieser Situation auf ein Gespräch mit einem Peer zurück, manche versuchen auf andere Art mit belastenden Situationen zurechtzukommen. „Dank des Peer-Systems wissen aber alle: Wenn ich wen brauche, dann ist jederzeit wer für mich da“, schätzt Betriebsrat Wolfgang Hruza die Peers.

martina.fassler@vida.at

Webtipp

Mehr zum Peer-System, der Ausbildung der Peers und der Funktionsweise dieses LaienhelferInnen-systems finden Sie auf www.sve.at



HausbesorgerInnen

„Ans Aufhören hab' ich oft gedacht...“

Dienstort ist gleich Wohnort: HausbesorgerInnen sind 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche angreifbar.

Zwei Jahre lang Psychoterror und Morddrohungen, das sind die Erfahrungen einer Hausbesorgerin, die Gewalt am Arbeitsplatz am eigenen Leib erfahren musste.

In Hausgemeinschaften sind Meinungsverschiedenheiten vorprogrammiert. Manchmal arten diese Konfrontationen jedoch aus. Wenn psychische Erkrankungen, Alkoholismus oder der persönliche Frust von MieterInnen ins Spiel kommen, sind es viel zu oft die HausbesorgerInnen, die eine willkommene Angriffsfläche bieten und als „Sündenbock“ herhalten müssen. Ein Beispiel dafür ist Slavica J.

Tyrannisiert. Die erfahrene Hausbesorgerin verrichtet seit 16 Jahren ihren Dienst in einer Wiener Wohnhausanlage im 5. Bezirk. Mehr als zwei Jahre lang wurde sie von einer Mieterin der Anlage und deren gewalttätigem Freund tyrannisiert. „Anfangs nur hin und wieder, doch die Übergriffe sind immer häufiger und schlimmer geworden“, erzählt sie. Wüste Beschimpfungen und gefährliche Drohungen standen auf der Tagesordnung, das Stiegenhaus wurde von der Mieterin absichtlich verschmutzt.

Angst pur. „Ich wurde mit einem Messer bedroht, die beiden haben ihre Hunde auf mich gehetzt und einmal hat die

Mieterin sogar versucht, mich die Stiegen runterzustoßen“, berichtet die Hausbesorgerin. Zum Schluss sei es nur mehr „Angst pur“ gewesen: „Ich habe immer geschaut, dass jemand in der Nähe ist, wenn ich im Stiegenhaus oder im Hof gearbeitet habe. Sie hätte ja jederzeit hinter mir stehen können. In den Keller und einkaufen bin ich nur mehr mit Begleitung gegangen“, erzählt Slavica J. Darunter habe natürlich auch die tägliche Arbeit gelitten.

Vor Gericht. Weder Interventionen durch Wiener Wohnen und den Betriebsrat, noch die Einsätze der zu Hilfe gerufenen Polizei brachten eine Besserung der Situation. Schließlich kam der Fall vor Gericht: In 2. Instanz konnte die Wohnungskündigung schließlich durchgesetzt werden, und die beklagte Mieterin musste die Anlage verlassen. Eine Erleichterung nicht nur für die Hausbesorgerin, sondern für die ganze Hausgemeinschaft, denn auch viele andere BewohnerInnen der Anlage haben unter dem Terror des Pärchens gelitten.

Psychische Hilfe. Der jahrelange Psychostress hat die Hausbesorgerin so zermürbt, dass sie sogar Beruhigungsmittel nehmen musste. Auch ans Aufhören hat sie oft gedacht, wenn die Situation wieder einmal eskalierte und sie mit ihren Nerven am Ende war. „Ich habe dieses Mal auch psychische Hilfe in Anspruch genommen, sonst wäre ich mit der Situation nicht mehr klar gekommen“, erzählt Slavica J., die auch schon davor Erfahrungen mit gewalttätigen MieterInnen machen musste.

Unterstützung. Großen Rückhalt hat sie von Seiten der Hausgemeinschaft und ihrer Familie bekommen. Beim Stiegenwaschen, aber auch bei Arbeiten im Hof sei immer jemand bei ihr geblieben und neben ihr gestanden, damit sie ihre Arbeit in Ruhe erledigen konnte und nicht wieder befürchten musste, jeden Moment von hinten angegriffen zu werden. „Dieser Zusammenhalt ist nicht selbstverständlich. Meist stehen HausbesorgerInnen ganz alleine da, wenn es Probleme gibt“, erzählt Wolfgang Groher, Betriebsratsvorsitzender bei Wiener Wohnen.

Angreifbar. ArbeitnehmerInnen, die in ihrem Job mit Gewalt am Arbeitsplatz konfrontiert sind, haben zumindest zu Hause eine Rückzugsmöglichkeit. Bei HausbesorgerInnen ist die Situation eine andere: Ihr Arbeitsplatz ist auch ihr Zuhause.

„Damit sind sie 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche angreifbar. Massive Übergriffe auf HausbesorgerInnen stehen auf der Tagesordnung“, so Groher. Er kennt viele derartige Fälle bis hin zu tätlichen Angriffen, Verleumdung, Morddrohungen und versuchter Vergewaltigung. „Es ist schon bezeichnend, dass eine Berufsgruppe einen eigenen Ombudsmann hat, weil die Übergriffe überhand nehmen“, so der Betriebsrat.

Schutzlos. Gegenüber rabiaten MieterInnen gebe es keine Handhabe. Einziger Weg nach dem Mietrechtsgesetz sei die Einleitung eines Kündigungsverfahrens, das aber bis zu zwei Jahre dauern kann. Die HausbesorgerInnen – etwa 80 Prozent sind Frauen – seien den Beklagten in der Zwischenzeit schutzlos ausgeliefert.

Opferrolle. „Unsere KollegInnen werden beschimpft, bespuckt, es werden Autos beschädigt, Haustüren verschmutzt, usw. Das geht meist so lange, bis der oder die HausbesorgerIn sagt: Es reicht, ich gehe“, erzählt Groher. Eine Möglichkeit sei dann der Postentwurf, bei dem der oder die HausbesorgerIn einen neuen Posten zugeteilt bekommt, dabei aber den Anspruch auf eine Dienstwohnung verliert und sein bzw. ihr Zuhause verlassen muss. „Damit wird das Opfer zum zweiten Mal zum Opfer gemacht“, kritisiert der Betriebsrat.

Mediation. Auf Initiative des Betriebsrats gab es im April eine spezielle Schulung für HausbetreuerInnen und HausbesorgerInnen von Wiener Wohnen. Dabei wurden der kommunikative Umgang mit den MieterInnen und die Bewältigung von Konfliktsituationen geschult. „Eine wichtige Initiative, an der rund 300 Beschäftigte mit großem Interesse teilnahmen. Doch noch viel zu wenig“, so Groher, der sich eine Fortsetzung des Seminars wünschen würde. Den Vorstoß der Politik, dass HausbesorgerInnen zukünftig auch Mediationsaufgaben übernehmen sollen, sieht Groher skeptisch: „HausbesorgerInnen sind dafür nicht ausgebildet. Konflikte im Gemeindebau sind oft schon so verhärtet, dass selbst ausgebildete MediatorInnen mit dem Rücken an der Wand stehen.“

Hausordnung. Er würde sich auch wünschen, dass von Seiten der Hauseigentümer verstärkt auf die Einhaltung der Hausordnung geachtet werde. In diesem Bereich gebe es keinerlei Kontrolle, und die Waste- und Night-Watcher könnten auch nur punktuell Probleme beheben. Früher hätte der oder die HausbesorgerIn auf die Hausordnung verweisen können, die traditionell in den Stiegenhäusern öffentlich zugänglich angebracht war. Diese wurden jedoch im Jahr 2000 abmontiert.

ines.schmied@vida.at

Foto: Fotolia/Petro Feketa

Psychoterror am Arbeitsplatz

Wenn ständig etwas unter den Teppich gekehrt wird, darf man sich nicht wundern, wenn man irgendwann darüber fällt. So ist es auch mit Konflikten, die nicht offen und fair ausgetragen werden, weiß Mobbing-Expertin Christa Kolodej.



Christa Kolodej

vida: Frau Kolodej, wie unterscheiden sich Konflikt und Mobbing?

Kolodej: Konflikte werden unter Umständen hart aber offen ausgetragen. Mobbing ist ein eskalierter Konflikt, bei der das Kräfteverhältnis zu Ungunsten

einer Partei verschoben ist. Das Mobbing-Opfer ist systematisch feindseligen Angriffen und Schikanen ausgesetzt, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und bis zur Isolierung führen können.

vida: Ist Mobbing ein neues Phänomen?

Kolodej: Psychoterror im Job hat es immer schon gegeben. In den letzten Jahren hat sich aber ein stärkeres Bewusstsein durch die Etablierung des Begriffs Mobbing gebildet. Beratungsstellen wurden etabliert, Ausbildungen zum Konflikt- und Mobbingberater entwickelt und Betriebsvereinbarungen abgeschlossen.

vida: Wie viele Menschen sind betroffen?

Kolodej: Eine europaweite Untersuchung zeigt, dass neun

Prozent der Bevölkerung in Europa jährlich gemobbt werden. Dabei tritt Mobbing verstärkt im Gesundheits- und Sozialbereich auf.

vida: Gibt es das typische Opfer?

Kolodej: Da viele Menschen in vielen unterschiedlichen Bereichen gemobbt werden, kann man nicht vom „typischen“ Opfer sprechen. Aber es gibt Tendenzen: Mobbing-Opfer sind konfliktscheuer und grenzen sich weniger deutlich ab. Sie müssen daher stabilisiert werden und lernen, Grenzen zu setzen.

vida: Welche Folgen treten auf?

Kolodej: Mobbing beeinflusst das psychische und physische Wohlbefinden und wirkt sich auf die gesamte Lebens- und Berufsqualität aus. Es kommt zu Krankenständen, Leistungs-

abfall, Arbeitsplatzwechsel und mitunter zu Jobverlust. Mobbing hat also nicht nur Folgen für den Betroffenen, sondern für das gesamte Unternehmen. Mobbing ist übrigens ein Führungsthema. Wenn Mobbing in einem Betrieb als Kavaliersdelikt angesehen und nicht sanktioniert wird, ist das ein Nährboden für Vorfälle.

Kolodej: Sprechen Sie als Betroffene/r einen Konflikt rechtzeitig an, suchen Sie das Gespräch und Bündnispartner. Als Gewerkschaftsmitglied kann man einen Rechtsbeistand in Anspruch nehmen. Informieren Sie sich rechtzeitig über Ihre Rechte und binden Sie den Betriebsrat ein. Und wichtig für das Umfeld: Zeigen Sie Zivilcourage. Sehen Sie nicht weg, sondern greifen Sie ein. Mobbing kann jeden treffen.

vida: Wie kann man sich wehren? marion.tobola@vida.at

Lesetipp

DDr. Christa Kolodej ist u.a. Mobbingberaterin und Autorin:



**Mobbing:
Psychoterror am Arbeitsplatz
und seine Bewältigung.**
WUV, 2005, ISBN 978-3-85114-882-4
19,90 Euro



**Mobbingberatung.
Fallbeispiele und Lösungen
für BeraterInnen und Betroffene.**
facultas.WUV, ISBN 978-3-7089-0229-6
19,90 Euro

Mehr Infos: www.kolodej.at

Service-Tipp:

ÖGB-Mobbingberatung: Ilse Reichart
Laurenzerberg 2, 1010 Wien (ab 7.1.2010 Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien), Tel.: 01/53444, ilse.reichart@oegb.at

Mehr Infos zur Mobbingberatung in den Bundesländern finden Sie auf www.vida.at

Unsichtbare Passagiere

Die Gewerkschaften fordern zum Schutz der ArbeiterInnen internationale Regeln beim „Begasen“ von Containern und Waren mit gefährlichen Stoffen.

Unsichtbar, geruchlos, gefährlich: Giftige Gase und chemischen Rückstände in Containern aus Übersee bedrohen nicht nur die Gesundheit von Hafnarbeitern und Zöllnern, sondern auch die der KonsumentInnen. Das haben Hamburger Forscher jetzt in einer Studie nachgewiesen. 2.111 Hafen-Transportcontainer aus dem Jahr 2006 wurden unter die Lupe genommen. Der

alarmierender Befund: Bei 17,5 Prozent wurden die zulässigen Grenzwerte deutlich überschritten. In 33 Fällen wurden die Grenzwerte toxisch wirkender Stoffe sogar um mehr als das Zehnfache überschritten.

Lebensbedrohlich. Die Stahlboxen werden sogar mit Kampfgas gegen Ungeziefer begast, Warnzeichen fehlen oft. Das kann ohne Spezialkleidung zu lebensbedrohlichen Beschwerden führen. Krebs, Asthma und schwere Nervenleiden sind prognostizierte Langzeitschäden, massive Kopf- und Gliederschmerzen plagen die Arbeiter oft schon kurz nach Öffnung eines kontaminierten Containers.

Mögliche Gefahren. Produktionsrückstände und Begasungsmittelrückstände stellen eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit dar. Neben



Die Container, mit denen Schuhe und Kleidung aus Übersee ankommen, sind oft mit giftigen Gasen versetzt.

dem Nervensystem können sie auch Lunge und Blut schädigen sowie krebserregend sein. Die Gaskonzentration in den Containern erreicht oft Werte oberhalb der unteren Explosionsgrenze. Verschärft wird die Bedrohung durch toxische Rückstände aus der Produktherstellung (krebserregendes Benzol und Form-

aldehyd). Speziell bei Gütern aus Asien (Textilien, Schuhe) schlugen die Messgeräte aus. Einige Schädlingsbekämpfungsgase durchdringen auch mühelos Verpackungen. Viel verflüchtigt sich bis zum Käufer - in Rotterdam wiesen Matratzen aber noch ein Jahr nach der Einfuhr chemische Rückstände auf.

Mangelnde Kennzeichnung.

Container, die begast wurden, müssen eigentlich gekennzeichnet sein. Viele sind es aber nicht oder die Kennzeichen wurden am Transportweg bis zur Unkenntlichkeit zerstört, sagt Göran Larsson von der schwedischen Transportarbeitergewerkschaft und Inspektor der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) am Hafen in Gothenburg. Abgeklebte Lüftungsschlitze oder im Container liegende Verpackungen von Begasungsmitteln seien ein Indiz. Die ITF fordert, dass die Politik international aktiv werden muss. Es handle sich um ein globales Problem, das angesichts des boomenden Welthandels an Gefährlichkeit gewinnt: Rund 400 Millionen Standardcontainer wurden allein 2006 weltweit umgeschlagen, doppelt so viele wie noch 2000. Und mehr als 30 Prozent werden mittlerweile mit Gasen behandelt. Da nach Einschätzung der ExpertInnen bei 90 Prozent aller ankommenden Kisten die nötigen Warnschilder fehlen, sind die ArbeiterInnen den Gefahren oft hilflos ausgeliefert, kritisiert Larsson.

sylvia.tatra@vida.at

„Vergiftete“ Container

Sicherheit zuerst

Sicherheit am Arbeitsplatz muss ernst genommen werden.

Die Sicherheit und der Gesundheitsschutz sollten am Arbeitsplatz nicht zur kurz kommen – genau darum kümmern sich die Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP). Nach dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz muss es in Betrieben bereits ab 11 ArbeitnehmerInnen eine Sicherheitsvertrauensperson geben. Sie informieren die KollegInnen in allen Belangen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit, beraten und unterstützen.

Mitwirkung. Im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz sind auch die Mitwirkungsrechte für die SVP geregelt. Demnach sind sie berechtigt, in allen Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei den Arbeitgebern sowie bei den dafür zuständigen Stellen die notwendigen Maßnahmen zu verlangen, Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu machen und die Beseitigung von Mängeln zu verlangen. Die SVP sind in Erfüllung ihrer Aufgaben weisungsfrei. Durch eine

Novellierung des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes werden sie vor Benachteiligung ebenso geschützt wie vor Kündigung und Entlassung.

Freistellung. Entscheidend für die Tätigkeit der SVP ist natürlich ihr Fachwissen auf dem Gebiet der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes. So schreibt der Gesetzgeber vor, dass ArbeitnehmerInnen, die neu zur Sicherheitsvertrauensperson bestellt werden, eine Ausbildung im Ausmaß von 24 Unterrichtseinheiten auf dem Gebiet des ArbeitnehmerInnenschutzes zu besuchen haben. Diese Zeit ist dem Beschäftigten vom Arbeitgeber unter Fortzahlung des Entgeltes zur Verfügung zu stellen.

Kursangebot. Für diese vorgeschriebenen 24 Stunden werden spezielle Kurse angeboten, wie beispielsweise von der Arbeiterkammer und vom Verein Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB). Aber auch die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) bietet in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft vida für ihre Versicherten spezielle Ausbildungskurse an - Grund- und Auffrischkurse. In diesen Kursen wird über die Aufgaben einer Sicherheitsver-



Foto: Fotolia/Nyul

VAEB und VÖGB bieten Schulungen für Sicherheitsvertrauenspersonen an.

trauensperson, die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzes, arbeitsmedizinische Themen, die Sozialversicherung mit Schwerpunkt Unfallversicherung und -verhütung sowie arbeitspsychologische Aspekte informiert.

alice.wittig@vaeb.at

Info



Telefonische Infos zum Kursangebot für EisenbahnerInnen und SeilbahnerInnen erhalten Sie unter **050 2350-36234**

Webtipp



Kurse für alle anderen Beschäftigtengruppen: www.voegb.at/seminare unter „Zielgruppen“.

Regionalisierung

Die vida-Region Graz entsteht

vida lädt alle Mitglieder aus Graz und Umgebung zur Gründungsversammlung ein.

Anfang Jänner wurde die erste vida-Region im Pinzgau aus der Taufe gehoben, mittlerweile haben sich rund ein Drittel der insgesamt 56 Regionen, die in ganz Österreich entstehen sollen, konstituiert. „Die Regionen sind relativ eigenständig in der Festlegung, welche Themen sie schwerpunktmäßig behandeln wollen“, erklärt vida-Bundesgeschäftsführer Nobert Bacher-Lagler.

Die Regionen sollen dazu beitragen, den vida-Gedanken auf regionaler Ebene mit Leben zu füllen. „Eine zeitgemäße Regionalstruktur ist wichtig, um einander schnell helfen zu können und um auch jenen Beschäftigten die Gewerkschaft näher zu bringen, die bislang noch nicht so viel von uns wissen“, so Bacher-Lagler.

Am 14. Dezember ist es so weit. Ab 16 Uhr findet an diesem Tag die Gründungsversammlung der vida-Region Graz und Umgebung statt. „Wir verbinden die Gründung mit der Ehrung unserer langjährigen Mitglieder. Schließlich haben sie zum Bestehen unserer Gewerkschaft wesentlich beigetragen“, sagt Gernot Acko. Acko ist Triebfahrzeugführer und Betriebsrat bei der ÖBB Traktion GmbH und kandidiert für den Vorsitz im Regionsvorstand. „In unserer vida-Region

sind Mitglieder aus allen vida-Branchen willkommen. EisenbahnerInnen, Beschäftigte aus dem Tourismus, den Gesundheitsberufen, den Verkehrsberufen, den sozialen Berufen. Wir laden aktiv Beschäftigte und PensionistInnen zur Mitarbeit ein“, so Acko. Auch der Regionsvorstand soll die Vielfalt, die es in unserer Gewerkschaft gibt, widerspiegeln. „Für den Vorstand kandidieren engagierte Gewerkschaftsmitglieder aus den verschiedenen vida-Branchen“, erklärt Acko.

vida erleben – gemeinsam feiern. Zur Gründungsversammlung der vida Region Graz und Umgebung sind alle vida-Mitglieder der Region herzlich eingeladen. Auch vida-Vorsitzender Rudolf Kaske, Bundesgeschäftsführer Nobert Bacher-Lagler und der Vorsitzende der vida Steiermark Horst Schachner werden



Foto: Fotolia/Alexander Reitter

Vor Ort dabei. Kommen Sie zur Gründung der vida-Region Graz.

vor Ort sein und ein Ohr für die Anliegen der Mitglieder haben. Für Speis und Trank ist gesorgt, für gute Musik wird die Grazer Chartstürmerin Inez sorgen.

Gleich anmelden. Um die Zahl der TeilnehmerInnen gut einschätzen zu können, bitten wir um Anmeldung. Die Gründungsversammlung findet am 14. Dezember ab 16 Uhr im Kammersaal der AK Steiermark, Hans-Resel-Gasse 8-14, 8020 Graz statt.

Info



Anmeldung bis 4. Dezember bitte bei Eveline Assmann in der vida-Landesorganisation Steiermark unter der **Tel-Nr. 0316/7071 282** bzw. per E-Mail an eveline.assmann@vida.at oder per Post an das vida Landessekretariat, Karl Morre Straße 32, 8020 Graz.

Günstiger Urlaub für Mitglieder

Sotour Reisen steht Ihnen als verlässlicher Reisepartner zur Seite. Für vida-Mitglieder bietet das Reisebüro das ganze Jahr über spezielle Angebote.

Leistbare Urlaubsangebote. Sotour Reisen ist der Reiseanbieter der Sotour Austria Hotelbetriebs GmbH mit Sitz in Wien. Bei der Gründung im Jahre 1953 war das Ziel, kinderreichen Familien Urlaubstage nach den harten Kriegsjahren zu bieten. Seither hat sich Sotour Austria den geänderten Reiseanforderungen angepasst. Doch ein sozialer Gedanke steht nach wie vor im Mittelpunkt des wirtschaftlich

erfolgreichen Reiseanbieters: leistbare Urlaubsangebote für die ganze Familie anbieten.

Vorteile für vida-Mitglieder. Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es besondere Angebote für den Urlaub in Österreich.

In folgenden Hotels- und Feriendörfern von Sotour Reisen erhalten vida-Mitglieder eine Ermäßigung auf Zimmer- und Appartementlistenpreise:

25 Prozent Ermäßigung
Seehotel Hafnersee****
Feriendorf Ossiacher See***
Feriendorf Maltshacher See***
im Wiener Hotel & Palais
Strudlhof****

10 Prozent Ermäßigung:
„Family Camping“ am Maltshacher See

Bis zu 3 Prozent Ermäßigung:
Bei allen Flugpauschalpreisen weltweit

Nähere Informationen finden Sie auch auf www.sotour.at.

Fordern Sie die spezielle ÖGB-Preisliste an und fragen Sie nach den Angeboten für Gewerkschaftsmitglieder.



Das Seehotel Hafnersee in der Wörtherseeregion.

Info



So erreichen Sie Sotour:

Tel.: +43 (0)1 319 2522-600, Fax: +43 (0)1 319 2522-630
info@sotour.at

Sie finden Sotour an folgender Adresse...

...bis 6. Jänner 2010: 1010 Wien, Laurenzerberg 2
...ab 7. Jänner 2010: Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Öffnungszeiten:

Mo - Do: 09:00 - 18:00 Uhr, Fr: 09:00 - 17:00 Uhr

Verschonautpause zu gewinnen!

Das Seehotel Hafnersee. Das Seehotel Hafnersee liegt im Süden Kärntens in der Wörtherseeregion. Das 4-Sterne-Hotel ist umgeben von großen Grünlandschaften, Seen und Wälder. Aktiv sein, entspannen, verschnauften – das Seehotel bietet für jeden Geschmack etwas. Relaxen kann man in der Saunalandschaft mit Whirlpool, Dampfbad, Infrarotkabine und Finnischer Sauna. Der Fitnessbereich und die vier Sportkegelbahnen laden zur sportlichen Ertüchtigung ein. Großzügige Liegewiesen, ein privater Badestrand, ein Beach-

Volleyball Platz, eine Minigolfanlage und Spielplätze sind im Umkreis des Hotels. Kulinarisch verwöhnt wird man im à la carte-Restaurant und an der Bar kann man den Tag bei einem guten Glas Wein ausklingen lassen. Das Seehotel Hafnersee bietet hervorragende Möglichkeiten, aus dem Alltag auszubrechen und fernab der Hektik des Alltags erholsame Urlaubstage zu genießen.

Mehr Infos zum Seehotel Hafnersee finden Sie auf www.hafnersee.at.

Gewinnspiel



vida verlost 1 Gutschein für 2 Personen im Hotel Hafnersee im Wert von 240 Euro:

- für 3 Tage und 2 Nächte
- inklusive Frühstück

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage: Den wievielten Geburtstag feiert vida am 6. Dezember 2009?

Antworten an:
vida/Pressereferat,
Kennwort: Sotour
Margaretenstraße 166,
A-1050 Wien oder per
E-Mail: zeitschrift@vida.at
Einsendeschluss: 4. Dez. 09



Der vida-Kalender 2010 ist da!

Mit dieser Ausgabe der vida-Zeitschrift erhalten Sie Ihren vida-Taschenkalender 2010 zugestellt. Für ÖBB-PensionistInnen liegt dieser Zeitung auch das Beiheft der vida-Sektion Verkehr bei. vida-Mitglieder aus dem Verkehrsbereich im Aktivstand erhalten das Verkehrsbeiheft über ihren Betriebsrat.

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Str. 154-156, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96/6385, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, www: <http://www.oegbverlag.at>.

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21, **Herstellungsort:** Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Walter Darmstädter, Martina Fassler (Chefredaktion), Andrea Leidinger, Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Gertrude Oelmack, Maria Ostermann, Ines Schmied (is), Rudolf Srba, Sylvia Tatra, Marion Tobola, Alice Wittig.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger, ÖGB-Verlag.

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/54641-114.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt. Wir freuen uns

- über Ihre Rückmeldungen,
- über Tipps und
- Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an: zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die: **Gewerkschaft vida** Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Margaretenstraße 166 1050 Wien

Die nächste Ausgabe der vida-Zeitschrift finden Sie im Dezember in Ihrem Postkasten.



Daueraufträge, Überweisungen, Einziehungs-Aufträge, Kontoführung etc. – all das kostet bei anderen Banken viele, viele Euros Ihres hart verdienten Geldes.

Ihr Konto bei der Sparda-Bank kostet Sie keinen Cent.

Alle Arbeiten der Kontoverlegung zur Sparda-Bank werden computerunterstützt rasch und sicher erledigt.

Internet-Banking gratis!

Die SPARDAbank immer in Ihrer Nähe:

4020 Linz, Wienstraße 2a	0732/6-5-4-3-2-1-0	BASA: 870/654
4020 Linz, Landstraße 78	0732/6-5-4-3-2-1-500	BASA: 870/654-500
4020 Linz, Hugo-Wolf-Straße 21	0732/66 52 83	
4020 Linz, Hauptbahnhof	0732/65 41 00	BASA: 870/654-602
4020 Linz, Hamerlingstraße 44	0732/65 51 44	
5020 Salzburg, Schallmooser Hauptstr. 18	0662/87 65 67	
5020 Salzburg, Hauptbahnhof	0662/87 34 26	
5020 Salzburg, Rößlbrunnstraße 12	0662/87 13 66	
4800 Attnang, Römerstraße 12	07674/63 2 93	
5500 Bischofshofen, Jos. Leitgeb-Straße 1	06462/23 53	
4300 St. Valentin, Westbahnstraße 29	07435/58 4 85	
8900 Selzthal, Nr. 44	03616/311	
4400 Steyr, Färbergasse 10	07252/45 0 54	
4400 Steyr, Siemens-Straße 11	07252/70 3 00	
4600 Wels, Bahnhofstraße 31	07242/61 7 15	
4600 Wels, Dr.-Salemann-Straße 5a	07242/20 74 58	

SPARDAbank
Eine Bank wie ein Freund

Für Arbeitnehmer, Beamte und Pensionisten. Einzigartig in Österreich!

plus! vida

www.vida.at

Verteilungsfrage spitzt sich zu

Österreich ist ein Hochsteuerland für Arbeit und ein Niedrigsteuerland für Vermögen und Kapital. Statt das zu ändern, wollen manche plötzlich die Sozialleistungen für NiedrigsteinkommensbezieherInnen beschneiden.

Beinahe überall auf der Welt geht es den Wohlhabenden gut. In Österreich leben sie dank einer Reihe von steuerlichen Privilegien besonders angenehm. Denn viele vermögensbezogenen Steuern wurden bei uns abgeschafft. In den übrigen Industrieländern gab es den gegenläufigen Trend. Die vermögensbezogene Besteuerung ist in den 15 „alten“ EU-Ländern seit 1980 laufend angestiegen.

Geld ohne Arbeit. Die reichsten zehn Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen 70 Prozent aller Vermögen. Wer sehr reich ist, kann sein Vermögen gewinnbringend veranlagen und kommt so – ohne Arbeit – zu einem ansehnlichen Einkommen. 60 Milliarden Euro sind in Österreich in Privatstiftungen steuerschonend geparkt.

Wer zahlt Steuern? Die vermögensbezogenen Steuern machen in Österreich nur rund 1,4 Prozent am gesamten Aufkommen an Abgaben aus. Den Großteil der Steuer- und Abgabenlast nimmt unser Staat durch die Lohnsteuer sowie die Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer) ein. Das heißt, durch Steuern, welche den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen von ihrem Lohn bzw der Pension abgezogen werden und durch Steuern, die sie beim Einkauf der Güter des täglichen Bedarfs berappen müssen.

Fehler im System. Auch das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) stellt in einer aktuellen Studie fest, dass Steuern und Abgaben in Österreich kaum zu einer Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen beitragen. „Die Studie belegt, dass es in unserem Steuersystem grobe Ungerechtigkeiten gibt.

Das muss sich ändern. Die Reichen dieses Landes müssen endlich einen fairen Beitrag zahlen. Vermögensbezogene Steuern dürfen nicht länger ein Tabu sein“, verlangt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske.

Pluspunkt. Aus verteilungspolitischer Sicht besser schneidet Österreich bei der Frage ab, wer von den Staatsausgaben profitiert. Vor allem Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe tragen zu einer Umverteilung von oben nach unten bei, in etwas geringerem Grad auch die Bildungs-, Gesundheits- und Familienausgaben. Würde bei den staatlichen Sozialausgaben gespart, trüfe das Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders stark, schlussfolgert das Wifo. Ebenso wenig ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sinnvoll. Auch das würde vor allem die BezieherInnen niedriger Einkommen belasten.

Soziale Hängematte? Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sind in Österreich – im europäischen Vergleich – sehr niedrig. Die Statistik Austria kommt zu dem Schluss, dass in Österreich rund 12 Prozent der Menschen arbeitslos sind. Im Fall der Arbeitslosigkeit schwillt der Wert auf 35 Prozent an. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld machte 2008 im Monat gerade 762 Euro aus, die Notstandshilfe nur 588 Euro. Der ÖGB und vida fordern die Erhöhung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. „Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit als soziale Hängematte zu bezeichnen, wie das manche PolitikerInnen nun tun, kann angesichts der geringen Höhe der Geldleistungen nur als Zynismus bezeichnet werden“, sagt Kaske.



Foto: vida

Richtig reich? Dann dürfen Sie sich über viele steuerliche Privilegien freuen.

Verantwortlich handeln. Arbeitsmarktprognosen gehen davon aus, dass die Arbeitslosigkeit nächstes Jahr weiter steigt und den höchsten Stand seit 1953 erreichen könnte. Kaske: „Verantwortlich handeln heißt, alle Maßnahmen zu setzen, um das Abrutschen dieser Menschen in die Armut zu verhindern. Deshalb ist es gut, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt wird. Allerdings müsste sie von 733 auf 855 Euro erhöht oder statt 12-mal 14-mal ausbezahlt werden, damit mit ihr eine Existenzsicherung möglich ist.“ Anders als manche Gegner der Mindestsicherung erzählen, liegt die Geldleistung in jedem Fall unter dem, was man mit einem Vollzeitjob verdient – das gilt auch für den Niedriglohnbereich.

Ablenkungsmanöver. Gegen die Ausweitung der Mindestsicherung machen einige ÖVP-PolitikerInnen mobil. Sie bemühen sich, eine Neiddebatte zwischen jenen, die einen Job haben und jenen, die arbeitslos sind, anzuzetteln. „Die BezieherInnen von Sozialleistungen

werden pauschal als ‚Langschläfer‘ verunglimpft. Obwohl auch der ÖVP bekannt ist, dass die Auszahlung der Mindestsicherung an den Nachweis der Arbeitswilligkeit geknüpft ist“, so Kaske. Er sieht die neu entfachte Sozialschmarotzer-Debatte als plumpe Ablenkungsmanöver, um die Besitzstände der Wohlhabenden zu wahren.

Teurer Kulturgenuss. Während die ÖVP nun sogar die Besteuerung und damit die Kürzung der Sozialleistungen andenkt, sieht sie über staatliche Förderungen, die den Bessergestellten zugute kommen, geflissentlich hinweg. Beispiel gefällig? OpernbesucherInnen gehören überwiegend der Oberschicht an, trotzdem werden ihre Eintrittskarten vom Staat zu mehr als 50 Prozent finanziert. Auf die 200 Euro, die eine Opernkarte der besten Kategorie kostet, zahlt der Staat noch einmal mehr als 200 Euro dazu. Auch der Besuch vieler anderer Kulturgenüsse ist hoch subventioniert. „Geht ein Industrieller einmal die Woche in die Oper, beträgt die staatliche Unterstützung seines teuren Hobbys im Monat 800 Euro, das ist mehr als ein Arbeitsloser

durchschnittlich im Monat zu seiner Existenzsicherung erhält“, sagt Kaske.

Auf Linie bleiben. Die ArbeitnehmerInnen sollten sich deshalb nicht durch plumpe Ablenkungsmanöver gegeneinander aufhetzen lassen. vida bleibt auf Kurs. Um eine gerechtere Verteilung zu erreichen und Geld für die Budgetsanierung zu lukrieren, ist die Besteuerung der großen Vermögen nötig. Fast alle Industrieländer weisen höhere Steuern auf Vermögen auf als Österreich. „Auch wir können die Reichen besteuern – was derzeit noch fehlt, das ist der politische Wille dazu“, so Kaske abschließend.“

martina.fassler@vida.at

Webtipp

Mehr Info zur Besteuerung von Vermögen finden Sie im neuen vida-Fakten „vida für Besteuern von Vermögen“ unter <http://fakten.vida.at>



Sicherheitsstandards verbessern

Kommentar

Von der Vergangenheit eingeholt



Die Belegschaftsvertretung hat für den 19. Oktober 2009 die Einberufung eines ÖBB-Holding Sonderaufsichtsrats verlangt. Wir haben ein Schulungsprogramm für alle ÖBB-Personalverantwortlichen gefordert. Damit soll nachhaltig vermittelt werden, dass Krankendaten in keiner Form mehr gesammelt bzw. vervielfältigt werden dürfen.

Datenschutz. Eine weitere Forderung unsererseits war, dass das ÖBB-Datenschutzteam von einer unabhängigen Person geführt werden muss. Wichtig ist für die Zukunft auf jeden Fall, dass eine unabhängige und weisungsfreie Kontrolle im gesamten Datenschutzbereich wirksam wird. Seitens der Unternehmensvertretung wurde uns im Aufsichtsrat in unseren Anliegen auch weitestgehend konstruktives Entgegenkommen signalisiert.

Krankenstandstage. Auch das Management musste nun öffentlich bekennen, dass die durchschnittliche Krankenstandsdauer der EisenbahnerInnen bei bereinigter Berechnung der Anzahl der Krankenstandstage praktisch dem Schnitt aller anderen österreichischen ArbeitnehmerInnen entspricht. ÖVP und FPÖ/BZÖ wollen diese Fakten allerdings noch immer nicht zur Kenntnis nehmen und versuchen, uns EisenbahnerInnen weiter mit der Pensions- und Krankenstandslüge öffentlich durch den Schmutz zu ziehen.

Privatisierung. Die ÖVP zeigt jetzt mit der Forderung nach einer Teilprivatisierung der ÖBB erneut ihr wahres Gesicht: Das Unternehmen und die EisenbahnerInnen werden systematisch öffentlich schlecht geredet, der Güterverkehr soll offenbar als „billige Braut“ absichtlich ruiniert und so für den Verkauf aufbereitet werden. Dies auch um den Preis der Zerschlagung der Traktion.

Schwarz-Blaues ÖBB-Chaos. Die schwarz-blaue Bundesregierung und ihre Relikte Gorbach, Kukacka und Huber haben mit der Umsetzung der ÖBB-Strukturreform 2003 die Grundlagen für das derzeitige ÖBB-Chaos geschaffen: Doppelgleisigkeiten und Synergieverluste im Unternehmen, Datenskandal, Millionenverluste durch Spekulationsgeschäfte, zweifelhafte Immobiliendeals, Unsummen für externe Beraterhonorare, Millionen-Abfertigungen für vorzeitig verabschiedete Ex-Vorstände. Das holt uns jetzt alles ein und bereitet den SteuerzahlerInnen Schaden in Milliardenhöhe. Wir werden deshalb weiterhin deutlich aufzeigen, dass für diese Zustände jedenfalls nicht die EisenbahnerInnen verantwortlich sind.

wilhelm.habertzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

Ein vierteljahrhundert Spielfest

Von 20. bis 22. November finden im Austria Center Vienna wieder 30 Stunden Spiele, Spaß und Service statt.

Beim Spielfest dreht sich einmal mehr alles um die bunte Welt der Spiele, um Würfel, Karten und Konsolen. Die veranstaltende IG Spiele verspricht zum 25-jährigen Jubiläum ein Wochenende voller Action, Spannung und Spaß.

Action und Beratung. Das Spielfest präsentiert sich auch heuer wieder gewohnt gigantisch. 16.400 Quadratmeter Fläche, mehr als 5.000 Spiele, rund 1.500 Tische zum Würfeln, Bauen und Tüfteln.

Zeit & Ort: Austria Center Vienna, Bruno Kreisky Platz 1, 1220, 20. bis 22. November, jeweils von 9 bis 19 Uhr.

Eintrittspreis: 9 Euro; ermäßigter Eintritt für Jugendliche von 10 bis 18 Jahren, StudentInnen bis 27 Jahre, Pensionistinnen ab 60 Jahren, Behinderte, Zivildienstler, Soldaten: 7 Euro; Kinder von 6 bis 9 Jahren: 2 Euro; Freier Eintritt für Kinder im Vorschulalter. Infos: www.spielefest.at



15 bis 20 Prozent aller schweren Unfälle gehen auf Übermüdung des Flugpersonals zurück.

Foto: Kromus

Die Europäische Transportarbeiter-Föderation(ETF) hat eine Kampagne gegen Sicherheitsrisiken durch übermüdete PilotInnen gestartet.

Anfang Oktober hat die ETF unter dem Titel „Flighttime Limitation“ eine europaweiten Aktionstag abgehalten, um der Öffentlichkeit die Sicherheitsrisiken, die durch übermüdetes Flugpersonals entstehen können, vor Augen zu führen. vida hat als Interessenvertretung der PilotInnen und FlugbegleiterInnen österreichischer Fluglinien am ETF-Aktionstag mitgewirkt und am Flughafen Wien informiert.

Gefahr Übermüdung. „Wir setzen uns gemeinsam für die Erhaltung und vor allem Verbesserung der Sicherheitsstandards im europäischen Flugverkehr ein“, betonte dazu der stellvertretende vida-Vorsitzen-

de, Wilhelm Habertzettl. Dass die derzeit geltenden EU-Arbeitszeitregelungen zum Schutz der PilotInnen und FlugbegleiterInnen im Sinne der Sicherheit nicht ausreichend seien, darüber wüsste auch die EU-Kommission Bescheid, weil sie hierfür schon seit rund einem Jahr über die entsprechenden wissenschaftlichen Beweise aus einer Studie verfüge. Trotzdem habe sie es bisher unterlassen, darauf adäquat zu reagieren. Und dies im Wissen, dass Übermüdung bei 15 bis 20 Prozent aller Unfälle mit Todesfolge eine Rolle spiele, so die Kritik der Gewerkschaft.

Kostendruck. „Statt, wie es etwa in den USA der Fall sei, die gesetzlichen Regelungen den neuen Erkenntnissen anzupassen, geben sich die Verantwortlichen in der EU dem „starken Lobbying der Fluglinien geschlagen“, kritisiert Wolfgang Hable, Vorsitzender der vida-Bundesfachgruppe Luft-Wasser. „Kostendruck darf bei der Sicherheit der Passagiere und des Flugpersonals aber keine Rolle spielen“,

unterstrich Hable, der selbst von Beruf Pilot ist.

Standards heben. Die Gewerkschaft vida hat deshalb an die österreichischen Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments ein Schreiben gerichtet. In diesem werden die Abgeordneten aufgefordert, an Verkehrskommissar Antonio Tajani zu appellieren, dass die geltenden Sicherheitsstandards auf Basis der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse rasch und eindeutig verbessert werden müsse

SPÖ-Unterstützung. Unterstützung in dieser Angelegenheit sicherte der Delegationsleiter der SPÖ-EU-Abgeordneten, Jörg Leichtfried, zu. Der Verkehrssprecher der SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament begrüßt die Initiative der Gewerkschaften: „Menschenleben müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Ich fordere daher die Kommission auf, umgehend zu handeln.“

hansjoerg.miethling@vida.at



Verlosung „Chicago Express“

Beim Spiel „Chicago Express“ versuchen die SpielerInnen als Investoren im Amerika des ausgehenden 19. Jahrhunderts möglichst hohe Profite im Bereich der aufstrebenden Eisenbahngesellschaften zu erzielen: Am Ende gewinnt der Spieler bzw. die Spielerin mit dem meisten Bargeld.

„Chicago Express“: Eisenbahn- und Wirtschaftsspiel von „Queen“, für 2 bis 6 Spieler ab 12 Jahren, Dauer ca. 60 Minuten.

Gewinnspiel. Wollen Sie ein Spiel „Chicago Express“ gewinnen, dann beantworten Sie bitte folgende Frage: Welches Jubiläum feiert das Spielfest?

Antworten an:

vida/Pressereferat, Kennwort: Chicago Express, Margaretenstraße 166, A-1050 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at. Einsendeschluss: 4. Dezember 2009

Mobile Pflege und Betreuung

Was zählt meine Gesundheit?



Foto: Fotolia/bilderbox

Das fragen sich viele Wiener Heimhilfen. Eine Einsparungsmaßnahme der Gebietskrankenkasse erschwert ihnen und Langzeitpflegebedürftigen das Leben

Seit 1. Juli 2009 übernimmt die Wiener Gebietskrankenkasse für pflegebedürftige Menschen, die zuhause betreut werden, nur mehr für maximal drei Monate die Kosten für ein Krankenpflegebett. Wer länger krank ist und auf ein Krankenpflegebett nicht verzichten will, muss die Kosten selbst bezahlen. „Jetzt im Herbst wird diese Maßnahme bei den ersten PatientInnen schlagend“, sagt vda-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger.

Nicht zuständig. Die Krankenkassen sind gesetzlich für Leistungen im Falle der Krankheit zuständig, nicht aber für Langzeitpflege. Letzteres ist Landessache. Damit begründet auch die Wiener Gebietskrankenkasse ihre Vorgangsweise. Von den anderen Krankenkassen haben viele die Kosten schon bisher nicht gezahlt. „Den Betroffenen hilft das freilich nichts“, sagt Guglberger.

900 Euro. So viel kostet das billigste Krankenpflegebett bei Kauf. Für die Miete eines Bettes muss man je nach Anbieter zwi-

schen 42 und 66 Euro im Monat zahlen. „Bei einem Krankenpflegebett ist die Rückenlehne verstellbar, was bei langem Liegen von großem Vorteil ist. Ältere Menschen nach einem Beinbruch haben oft ein größeres Sicherheitsbedürfnis bzw. Angst, im Schlaf aus dem Bett zu fallen. Das kann beim Krankenpflegebett durch das Hochklappen eines Seitengitters verhindert werden“, erzählt Betriebsratsvorsitzende Heidmarie Frühauf vom Wiener Hilfswerk.

Zählen wir nichts? Das fragen sich seit Bekanntwerden der Einsparungsmaßnahme auch die Beschäftigten, die in der mobilen Pflege und Betreuung arbeiten. Schon bisher ist der Arbeitnehmerschutz in Privathaushalten sehr eingeschränkt. Viele Haushalte von älteren Menschen sind nicht behindertengerecht eingerichtet. Anders als zum Beispiel in Krankenhäusern oder Seniorenheimen gibt es meist keinen Hebel für die Badewanne oder sonstige Hilfsmittel. Nimmt man den Langzeitpflegebedürftigen das Pflegebett weg, erschwert man

auch den Heimhilfen, den Pflegehilfen und dem Diplombierten Personal die Arbeit. „Die professionellen Hebegriffe, die ich in der Ausbildung gelernt habe, gehen davon aus, dass ich höhenverstellbare Betten verwenden kann. Wenn ich den Klienten aus einem vierzig Jahre alten Ehebett in den Rollstuhl umsetzen muss, habe ich derartige technische Hilfen nicht“, nennt Frühauf ein Beispiel.

Teure Einsparung. Schon jetzt leiden viele Beschäftigte unter Bandscheibenproblemen. Müssen sie ihre Arbeit unter erschwerten körperlicher Belastung verrichten, könnten noch mehr Beschäftigte Erkrankungen des Stützapparats erleiden. „Damit hätten wir die skurrile Situation, dass eine Einsparung im Gesundheitssystem alle teuer zu stehen kommt. Die PatientInnen, die Beschäftigten und auch das Gesundheitssystem selbst. Weil die Kosten für die kranken ArbeitnehmerInnen erst recht von der Krankenkasse zu bezahlen sind“, so Guglberger.

martina.fassler@vida.at

Kommentar

Lasst die ExpertInnen arbeiten



Foto: Lisi Gradnitzer

Gesundheit: Finanzierung sichern. So heißt die Überschrift eines Papiers des Hauptverbandes der Sozialversicherung. Der Hauptverband hat dieses Papier auf Aufforderung der Regierung erstellt. Es enthält Vorschläge zu Kostendämpfungspotenzialen. Anders formuliert: Es geht um Einsparungen. Die Maßnahmen sollen helfen, zusammen mit zusätzlichen Einnahmen die Finanzierung unseres Gesundheitssystems zu sichern.

Was geschieht? Die Einsparungen sind in verschiedenen Bereichen angedacht. Bei den Honorarabschlüssen mit den Ärzten, bei der ökonomischeren Verschreibung von Medikamenten und vielem mehr.

Positive Ansätze. Begrüßenswert ist auf jeden Fall, dass der Hauptverband als Voraussetzung für die Maßnahmen vorgegeben hat, dass die gute Qualität unseres Gesundheitssystems erhalten bleiben muss. Leistungskürzungen sind kein Weg zum Sparen. Der Hauptverband findet mit diesem Ansatz bei Gesundheitsminister Stöger einen Verbündeten. Auch in die Qualitätssicherung bei den ÄrztInnen soll die Sozialversicherung in Zukunft eingebunden sein.

Arbeiten lassen. Dass sich die ExpertInnen, die in den diver-

sen Gesundheitseinrichtungen zweifelsohne vorhanden sind, bemühen werden, unser Gesundheitssystem auf dem Niveau zu halten, das wir gewohnt sind, liegt auf der Hand. Jeder und jede dieser ExpertInnen ist selbst von Änderungen betroffen. Die Politik muss nur auf sie hören und darf sie nicht als Rufer in der Wüste verhungern lassen.

PatientInnen im Zentrum. Die Menschen müssen im Mittelpunkt von Reformen stehen, nicht das Kapital. Für parteipolitische Ideologiekämpfe, wo der Einzelne, der auf das Gesundheitssystem angewiesen ist, untergeht, ist kein Platz. Wenn sich alle bemühen, Veränderungen an den Bedürfnissen der PatientInnen auszurichten, sollte eine Hebung der Effizienz ohne Verschlechterungen der Leistungen möglich sein. Gleichzeitig könnte dann auch der so genannte Verwaltungskostendeckel entbehrlich werden. Letzterer wird bislang nur allzuoft als Ausrede verwendet, um bei den Beschäftigten in der Sozialversicherung einzusparen.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Vorsicht vor Fallen im Dienstvertrag. Profitipp.



Foto: vida

Alfred Klair
Bundessektionssekretär der vda-Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

In der Arbeitswelt ist es gängige Praxis geworden, dass sich Arbeitgeber in finanzieller Hinsicht absichern und mit ihren DienstnehmerInnen vereinbaren, dass unter bestimmten Voraussetzungen Kosten von dem bzw der ArbeitnehmerIn rückerstattet werden müssen. Die Palette reicht von Ausbildungskosten und Lohnkosten für vom Arbeitgeber vorfinanzierte Ausbildungen, über nicht näher definierte Pönalezahlungen, bis zu vereinbarten Konkurrenzklauseln. Manche dieser Vereinbarungen sind schlichtweg sittenwidrig, wie im Falle jener Friseurin, die bei Selbstkündigung ihres Dienstverhältnisses mit einem einjährigen Berufsverbot belegt werden sollte. Die meisten Klauseln allerdings sind rechtlich zulässig.

Mein Rat: Überlegen Sie, bevor Sie eine derartige Vereinbarung unterschreiben, welche Zukunftspläne Sie haben bzw. welches finanzielle Risiko Sie eingehen. Erkundigen Sie sich rechtzeitig, ob es sich um rückforderbare Leistungen handelt, die Beträge den Aufwendungen entsprechen, korrekt aufgeschlüsselt sind und auch die übrigen Vertragsbestimmungen rechtskonform gestaltet sind. Damit es nachher kein böses Erwachen gibt: Fragen Sie - wir beraten Sie gerne!

KV Barometer

- Rotes Kreuz Österreich:**
Am 28. Oktober findet der erste Termin mit den Arbeitgebern für den KV-Abschluss für 2010 statt.
- BAGS-Verhandlungen:** Auch mit der Berufsvereinigung von Arbeitgebern im Gesundheits- und Sozialbereich (=BAGS) findet der Auftakt zu den KV-Verhandlungen am 28. Oktober statt.
- KindergartenhelferInnen und Au-pairs:** vida hat die Mindestlohntarife für 2010 beim Bundeseinigungsamt eingereicht. Wir informieren Sie, sobald die Senatsverhandlungen zu den Mindestlohntarifen abgeschlossen sind.
- Rettings- und Krankentransporte:** vida wird den Antrag auf Mindestlohntarife für die Rettungs- und Krankentransporte bis Ende Oktober beim Bundeseinigungsamt einbringen. Ziel des Antrags sind gleiche Mindestlöhne für alle Vereine, die Dienstleistungen im Rettungs- und Krankentransport.

Kampf dem Prekariat in Europa



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Wenig Einkommen, viel Unsicherheit

Prekäre Beschäftigung bedeutet schlechte Löhne und unsichere Arbeitsplätze für die ArbeitnehmerInnen. Damit einher geht natürlich auch die Unsicherheit, eine Familie erhalten zu können, von Existenzsichernden Pensionen am Ende eines Erwerbslebens ganz zu schweigen.

Knappes Auskommen. Eine stark gefährdete Berufsgruppe ist die der ZeitarbeiterInnen. Diese sind arbeits- und sozialrechtlich den Normalarbeitsverhältnissen gleichgestellt. Probleme ergeben sich aber durch häufige Erwerbsunterbrechungen. Eine Studie aus dem Jahr 2005 zeigt, dass nur ein Drittel der befragten ZeitarbeiterInnen von den Einkünften gut leben kann, ein weiteres Drittel nur knapp auskommt und das letzte Drittel echte Probleme hat, über die Runden zu kommen.

Firmen sparen. Durch die Wirtschaftskrise ist auch die Arbeitslosigkeit bei den ZeitarbeiterInnen stark angestiegen. In der Praxis enden etwa 80 Prozent der Arbeitsverhältnisse in Zeitarbeitsfirmen „einvernehmlich“. Die Überlasserfirmen ersparen sich da-

durch die Auszahlung von einigen Wochen Lohn (Kündigungsfrist) und die Anteile von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Geringe Chancen. In Österreich gibt es mehr als 20.000 arbeitslose ZeitarbeiterInnen. Überdurchschnittlich viele sind in der Bauwirtschaft und in der Sachgüterproduktion zu finden, doch auch ArbeitnehmerInnen aus vida-Branchen wie dem Tourismus und dem Reinigungsgewerbe sind betroffen.

Armut bekämpfen. Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist ein erster Schritt, um Armut zu bekämpfen. Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen ist es aber dringend nötig, auch das Arbeitslosengeld zu erhöhen. Österreich zählt in diesem Bereich im EU-Vergleich zu den Schlusslichtern. vida fordert die Anhebung der Nettoersatzrate von 55 auf zumindest 60 Prozent.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin
der Sektion Private
Dienstleistungen

Der 3. EFFAT-Kongress stand unter dem Motto „Kampf der prekären Beschäftigung“. Marianna Landa vertritt Österreich im Frauenausschuss der europäischen Dachorganisation.

Prekär sind Arbeitsverhältnisse ohne oder mit geringer Arbeitsplatzsicherheit, mit niedrigen und ungesicherten Löhnen, mit mangelnder sozialer Sicherheit (Pensionen, Kranken- und Arbeitslosenversicherung), ohne Kündigungsschutz, ohne Berufsbildung, ohne oder mit geringem Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz und - ohne Gewerkschaftsvertretung.

Kongress. Der 3. EFFAT-Kongress fand heuer in Berlin statt und stand unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit vom Feld auf den Tisch – Kampf der prekären Beschäftigung“. VertreterInnen der nationalen Mitgliedsorganisationen, darunter auch Rudolf Kaske, Vorsitzender der Gewerkschaft vida, und Rudolf Komaromy, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Tourismus, präsentierten gemeinsam die EFFAT-Charta gegen prekäre Beschäftigung.

Österreicherin. Im Zuge der mehrtägigen Konferenz tagten auch die EFFAT-Frauen. Erstmals befindet sich eine Österreicherin im Frauenausschuss der EFFAT: Marianne Landa, Betriebsratsvorsitzende der Airest wurde von der Gewerkschaft vida als Vertreterin entsandt. Im Rahmen ihres Antrittsbesuchs in Berlin präsent-



Foto: vida

Marianna Landa ist international unterwegs für die ArbeitnehmerInnen im Hotel- und Gastgewerbe

tierte Landa einen Bericht über die Situation der Leih- und SaisonarbeiterInnen in Österreich.

Airest-BR. Marianne Landa ist seit 17 Jahren bei der Airest, seit 12 Jahren Betriebsrätin und seit 2 Jahren Betriebsratsvorsitzende. Sie vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Hotel- und Gastgewerbe bei den jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen und ist auch in der Lehrabschlussprüfungskommission aktiv.

Fokus. Der Nachwuchs liegt ihr besonders am Herzen, die Lehrlinge in ihrem Betrieb will sie zukünftig noch besser fördern: „Die Lehrausbildung funktioniert in unserem Betrieb nicht mehr so gut wie früher, als wir noch eine Lehrküche hatten,“ erzählt die engagierte Betriebsrätin und be-

zieht sich damit auf die Zeit als die Airest und das Do&Co-Unternehmen SkyGourmet noch ein gemeinsames Unternehmen waren.

Arbeit und Freizeit. Drei Tage pro Woche arbeitet Landa im Airest-Service, zwei Tage ist sie für ihre Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzende freigestellt: „In unserem Betrieb haben wir sehr viele Betriebsvereinbarungen, die es einzuhalten gilt. Darauf muss ich zum Wohle der Beschäftigten immer ein Auge haben“, so Landa. Die Niederösterreicherin ist verheiratet und hat einen Sohn mit 13 Jahren. Ihre Freizeit verbringt sie am liebsten sportlich beim Ski- und Motorradfahren oder mit dem Besuch von Kabarets.

ines.schmied@vida.at

BWS und WBG: Mehr Sicherheit in der Hausbetreuung

Auf Initiative des Betriebsrats veranstaltete die Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft (BWS und WBG) in der Zweigstelle Graz eine Veranstaltung rund um das Thema ArbeitnehmerInnenschutz und Sicherheit.

Unfallgefahr. 20 HausbesorgerInnen und HausbetreuerInnen informierten sich über das Thema und wurden von Fachleuten beraten. Besonderes Augenmerk wurde auf potentielle Sicherheitsmängel am Arbeitsplatz gelegt. Wolfgang Egger von der AUVA referierte über Unfallgefahren und Präventionsmöglichkeiten. Die größte Unfallgefahr besteht bei der Reinigung der Stiegenhausfenster, so der Fachmann der AUVA.

Fortsetzung. Die Sicherheitsfirma Teufelberger Seil GmbH stellte Sicherungsausrüstungsgegenstände aus, die gleich vor Ort getestet werden konnten. Betriebsratsvorsitzende Renate Hoffmann: „Wir freuen uns, dass die Veranstaltung von den KollegInnen so interessiert und positiv aufgenommen wurde.“ Eine Fortsetzung sei nun österreichweit an mehreren Standorten geplant.

Fenster putzen leicht gemacht. Profitipp.



Foto: vida

Charlotte Knie
BRV ISS Facility
Service GmbH

Zeitpunkt. Fenster idealerweise an bewölkten Tagen putzen, wenn es nicht zu heiß ist. Bei direkter Sonneneinstrahlung oder großer Hitze trocknet das Wasser zu schnell ab, und es können Streifen zurück bleiben.

Ökologisch. Glasreiniger kann auch selbst hergestellt werden, indem Essig und Wasser in einem Zerstäuber gemischt werden. Der Essig wirkt fettlösend und sorgt für anhaltenden Glanz.

Streifenfrei. Bei einer Innen- und Außenreinigung von Fenstern auf der einen Seite waagrecht wischen, auf der anderen Seite senkrecht. So kann leicht festgestellt werden, auf welcher Seite noch Streifen oder Schmutzreste sind.

Günstig. Frisch geputzte Fenster mit Zeitungspapier trockenreiben. Diese preiswerte Alternative zum Fensterleder sorgt durch die Druckerschwärze für besonderen Glanz.

Staublos. Die Innenseite sollte zwei- bis dreimal im Jahr geputzt werden. Beim regelmäßigen Zimmerputz macht es aber Sinn, auch alle Fenster mit einem weichen Acrylstaubwedel abzustauben.

Pensionen

Seniorenrat für Pensionserhöhung um 1,9 Prozent

Die PensionistenvertreterInnen im Seniorenrat verlangen eine Pensionserhöhung über der Inflationsrate und eine Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages.

Anfang Oktober bei der Vollversammlung des überparteilichen Seniorenrats machten die PensionistenvertreterInnen mit dem Beschluss einer Resolution klar, dass die Erhöhung der Pensionen im kommenden Jahr 1,9 Prozent und nicht wie gesetzlich vorgesehen 1,5 Prozent betragen müsse. Gleichzeitig verlangten die PensionistInnen, dass wertschöpfungsbezogene Elemente für die Bemessung des Dienstgeberbeitrages zukünftig zur langfristigen Finanzierung des Pensions- und Gesundheitssystems herangezogen werden sollen.

Vorrangiges Anliegen. Die SeniorInnen bestehen darauf, dass ihre Bezüge mit dem Pensionistenpreisindex angepasst werden sollen. Dies sei keine unfinanzierbare Forderung, sondern legitimes Ziel zur Sicherung der Lebensgrundlage von mehr als zwei Millionen PensionsbezieherInnen, hieß es im entsprechenden Leitartikel zu „einem der vorrangigen Anliegen des Österreichischen Seniorenrats“.

Pensionssicherungsbeitrag. Abschaffen wollen die SeniorInnen den Pensionssicherungsbeitrag, den pensionierte MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes und bei den ÖBB zu leisten haben.

Krankenversicherung. In der Krankenversicherung pflichtet man insofern der Regierung bei, als man die Ausschöpfung noch vorhandener Sparpotenziale anregt. Jedoch wird auch gefordert, nicht nur Löhne und Gehälter sondern auch wertschöpfungsbezogene Elementen



Die Hälfte der PensionistInnen hat nur ein Einkommen von etwas mehr als 1.000 Euro im Monat. Foto: Fotolia/bilderbox

te sowie Erträge aus Kapital zur Beitragsbemessung heranzuziehen.

Pflege. In Sachen Pflege soll die Dotierung des im Regierungsprogramm geplanten Fonds nicht über Beiträge sondern über Steuermittel erfolgen. Das Pflegegeld wollen die Pensionisten jährlich valorisiert wissen.

Negativsteuer. Auch im Steuerrecht hätten die SeniorInnen gerne eine Besserstellung.

Unter anderem angeregt wird eine Gleichstellung der PensionistInnen mit ArbeitnehmerInnen hinsichtlich der Negativsteuer. Steuerlich absetzbar werden sollen auch Zuwendungen an SeniorInnenorganisationen. Zudem fordert der Seniorenrat Freifahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln ab dem 70. Lebensjahr. Diese Forderungen werden auch von den vida-PensionistInnen unterstützt.

hansjoerg.miethling@vida.at

Pension künftig erst am Monatsersten am Konto



Bisher waren PensionistInnen gewohnt, ihre Pension um den 27. des Vormonats schon am Konto vorzufinden. Die neuen Zahlungsverkehrsregeln wirken sich aber auch auf die Überweisung von Pensionen aus. Das heißt, dass ab 1. Dezember die Überweisung des Geldes jeweils erst am Ersten des Monats gebucht und wertgestellt wird - die Wertstellung ist die Grundlage für die Zinsberechnung.

Überprüfung ratsam. Es ist daher ratsam, seine Kontoauszüge hinsichtlich des Abbuchungsdatums von Daueraufträgen zu überprüfen, um diese gemäß den neuen Zahlungsverkehrsregeln anzupassen und so eventuelle Überziehungszinsen wegen mangelnder Deckung zu vermeiden.

Kommentar

„Alt und gierig“?



Foto: Hansjörg Miethling

In einer Resolution wendete sich der ÖGB-BundespensionistInnenvorstand letzten Monat gegen die seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der aktuellen Pensionsanpassung in den Medien laufende Diskussion und Kampagne, die die PensionistInnen gerne als maßlose Kaste von FrühpensionistInnen und LangzeitrentnerInnen hinstellen will.

„Bei der Pensionserhöhung vom ‚Diebstahl der Zukunft der Jugend‘ zu sprechen, ist geradezu frivol.“
Walter Skopek

Generationenvertrag. Unumstritten ist, der Generationenvertrag trägt das System der Alterssicherung. Nicht wie behauptet die angebliche „maßlose Kaste von FrühpensionistInnen und LangzeitrentnerInnen“ gefährdet den Konsens des Generationenvertrages. Das scheinen vielmehr die sehr durchsichtigen Geschäftsinteressen jener KapitalvertreterInnen, die immer noch am gescheiterten Modell der kapitalgedeckten Pension verdienen wollen, systematisch zu verfolgen.

Konstruiertes Klischee. Die Situation der PensionistInnen stellt sich nämlich grundsätzlich anders dar, als sie die von durchsichtigen Interessen angetriebene Kapitalvertretergruppe gerne vereinfacht

darstellen möchte. Allein die von der Statistik der Sozialversicherung ausgewiesenen Einkommen der PensionistInnen widerlegen das konstruierte Klischee von „alt und gierig“. Die Hälfte der PensionistInnen hat - inklusive der eventuell gebührenden Ausgleichszulage - nur ein Einkommen von etwas mehr als 1.000 Euro im Monat. Betrachtet man nur die Gruppe der Frauen, so sinkt dieser Betrag sogar noch auf knapp 750 Euro ab. Angesichts diesen Beträgen vom „Diebstahl der Zukunft der Jugend“ zu sprechen, das ist geradezu frivol.

Herbeigeredet. Wir wehren uns deshalb mit allem Nachdruck dagegen, dass mit offensichtlich manipulierten Zahlen und nicht belegbaren Behauptungen künstlich eine Kluft zwischen Jung und Alt sowie wieder einmal eine Krise der umlagenfinanzierten Alterssicherung herbeigeredet werden soll. Und auch Verunglimpfungen der PensionistInnen als „graue Gefahr“ oder „Kukident-Generation“ dürfen nicht salonfähig werden!

walter.skopek@vida.at
Vorsitzender der vida-PensionistInnen Walter Skopek

Aus den Ortsgruppen

WIEN

Die Ortsgruppe Meidling/Simmering veranstaltete gemeinsam mit der VAEB am 8. Oktober 2009 einen Wandertag zu den Myrafällen. Eingeladen waren jene KollegInnen, die einen Turnus im Josefshof der VAEB besucht hatten und die KollegInnen der Ortsgruppe. Von Pernitz/Muggendorf wanderte man 2,5 Stunden durch die Klamm der Myrafälle. Nach einer Stärkung ging es weiter durch den Wald am Wildgehege vorbei und am Fuße des Haussteins wurde erneut eine Rast eingelegt, während einige KollegInnen den Hausstein bestiegen.

Im Internet kann unter www.vida.at das Programm zu den Informationsveranstaltungen, Ausflügen und Wandertagen der OG Meidling/Simmering nachgelesen werden. Die Ortsgruppe Meidling/Simmering würde sich freuen, wenn weiterhin viele KollegInnen an den Aktivitäten teilnehmen.



Termine in den Ortsgruppen

Die aktualisierten Termine und Sprechstunden der vida-Ortsgruppen auf einen Blick.

WIEN

WIEN-FRANZ-JOSEFS-BF. (6): Mi 9-11 Uhr, Anmeldung Tel. 93000/34754.

WIEN-FRANZ-JOSEFS-BF.-PENS. (6): jeden 3. Fr 9-11 Uhr, Bf. Wien-FJB, 3. Stock, Tel. 93000/34754 • **Versammlung:** 18.12.2009, 14.30 Uhr, Bf. Wien-FJB, Betriebsgebäude, 1. Stock, Sozialraum.

HÜTTELDORF-PENS. (8): 7.12.2009, 9-11 Uhr, Sekretariat, 1130 Wien, Goldmarktpl. 1 • **Versammlung:** 14.11.2009, 14 Uhr, Goldarkpl. 1.

WIEN-SÜDOST-PENS. (12): Di 9-11 Uhr, 1100 Wien, Laxenburger Str. 8-10 (ehem. Arbeiterheim) • **Versammlung:** 15.12.2009, 15 Uhr, Waldmüllerzentrum, 1100 Wien, Haseng. 38-40 • **Zugbegleiter-Treffen:** jeden 1. Di 15 Uhr, GH Lendl, 1100 Wien, Reisingerg. 8.

PENZING (13): Di 9-11 Uhr, Bf. Penzing, Tel. 93000/13468 • **Versammlung:** 1.12.2009, 14 Uhr, GH „Beim Hugo“, 1140 Wien, Linzer Str. 179 • **Tagesfahrt (Weihnachtsfeier):** 10.12.2009, Abfahrt 10 Uhr.

STADLAU-PENS. (17): Mi 14-16 Uhr, 1220 Wien, Stadlauser Str. 1/A, Tel. 0664/1659398 • **Tagesfahrt (Adventmarkt):** 17.12.2009.

WIEN-SÜD (18): Di 8-12 Uhr, 1100 Wien, Hintere Südbahnstr. 3A/2. Stock, Betriebsratsbüro.

WIEN-WEST-PENS. (20): Kantinentreff: 2.12.2009, 13 Uhr, Kantine Traktion, 1150 Wien, Avedikstraße 2 • **Adventfahrt:** 16.12.2009.

ZENTRALDIENST-PENS. (21): **Versammlung:** 1.12.2009, 15 Uhr, Haus der Begegnung, 1020 Wien, Praterstern 1, Tel. Obmann: 01/3193809 • **Besuch Nonsens-Museum/Ganslesens Falkenstein:** 12.11.2009.

WIENER LOKALBAHNEN (22): **Lokalbahnstammtisch:** jeden 1. Di 14 Uhr, Baden, Motel Scheuhammer.

LIESING-PENS. (26): 15.12.2009, 13-14 Uhr, Rudolf-Waisenhorn-Gasse 29 • **Weihnachtsfeier:** 15.12.2009, 14 Uhr, Rudolf-Waisenhorn-Gasse 29, Ref.: LGF Thomas Stöger.

ZENTRALVERSCHIEBEBAHNHOF (35): nach Vereinbarung, Tel. 0664/9640987.

FLORIDSBERG-PENS. (52): Di 14-16 Uhr, zusätzlich jeden 2. und 4. Di **ÖBV- und Sparda-Beratung**, 1210 Wien, Nordbahnanlage 9, Parterre, Tel. 0664/9786535 • **Versammlung:** 3.12.2009, 14.30 Uhr, GH zum Alten Bahnhof, Nordbahnanlage 9, Ref.: BV Ing. Heinz Lehner.

MEIDLING-SIMMERING-PENS. (54): Di 9.30-11 Uhr, 1050 Wien, Margaretenstr. 166 (Tel. 54641/322) • **Informationsveranstaltung (Multimedia-vortrag Dr. Zeiler):** 13.1.2010, 14 Uhr, Margaretenstr. 166 • **Adventwanderung Schönbrunn mit Christkindlmarkt:** 9.12.2009 • **Weihnachtsfeier GH Strasser:** 16.12.2009. Anmeldungen und genaue Daten zu den Ausflügen bei den Veranstaltungen.

WIEN-NORD-NORDWEST-PENS. (56): Di 13.30-15 Uhr, 1200 Wien, Marchfeldstr. 12-16, Tel./Fax 334 93 20 • **Versammlung:** 17.12.2009, 13.30 Uhr, Haus der Begegnung, 1020 Wien, Praterstern 1, Ref.: GR Erich Valentin • **Weihnachtsfahrt Wolkersdorf/Manhartsbrunn:** 9.12.2009, Abfahrt 9 Uhr.

WIEN-WEST-PENS. (59): Di 9-11 Uhr, 1050 Wien, Margareten-gürtel 66, Tel. 0699/10689953 • **Versammlung:** 3.12.2009, 15.30 Uhr, BahnBistro, Wien-Westbf, 1150 Wien, Felberstr. 1.

NIEDERÖSTERREICH

SCHWECHAT (23): jeden 1. Di 9-12 Uhr, Bf. Klein-Schwechat (01/93000/35419), Tel. 0664/617 50 33, Koll. Edlmayer.

MÖDLING (28): jeden 1. Di 8-12 Uhr, zusätzlich **ÖBV-Beratung**, vida-Sekretariat, Bf. Gumpoldskirchen, Bahngasse 1, Tel. 0664/6145681, E-Mail: office.vida@kabsi.at oder nach tel. Vereinbarung unter 0664/3577281.

ABSDORF-HIPPERSDORF (101): jeden 1. Di (werktags) 8.30-11 Uhr, ehem. Bahnmeisterei, Am Graben, Absdorf, Tel. 02278/3195 oder 0664/4065841.

PUCHBERG/SCHNEEBERG (104): jeden 1. Di 9-12 Uhr, Zahnradbahnstüberl (Bf.-Restaurant), 2734 Puchberg.

BRUCK/LEITHA-BRUCKNEUDORF-PENS. (108): jeden 1. und 3. Mi 9-10 Uhr, Harry-Weiss-Haus, Hauptplatz, Bruck/L.

GÄNSERNDORF (114): Do 8-9.30 Uhr, AK Gänserndorf, Wiener Str. 7a, Tel. 0664/6145693.

HAINFELD-PENS. (119): nach Vereinbarung, Tel. 02764/8973 oder 0676/6635865.

KORNEUBURG-STOCKERAU (123): jeden 1. Mi 9-11 Uhr (ausgen. Juli/Aug.), Bf. Korneuburg, Tel. 02262/72467/338.

MISTELBACH (128): jeden 1. Mo 10-11.30 Uhr, Volksheim Mistelbach, Josef-Dunkl-Str. 4.

RETZ-ZELLERNDORF (135): jeden 1. Fr 8-10 Uhr, Bf. Retz sowie 10.30-12 Uhr Bf. Zellern-dorf (Tel. 02942/2415/380, Basa 8857/380).

SIGMUNDSHERBERG-PENS.



Foto: ÖBB Harald Eisenberger

(138): jeden 1. Di 8-10 Uhr, Volksheim, Sigmundsherberg, Tel./Fax 02983/27963, zusätzlich **Sparda-Beratung**, Koll. Mateschitz, Tel. 0676/899871002.

STRASSHOF (140): jeden 1. Di 9-11 Uhr, Bahnhofplatz 21, 2231 Strasshof, Tel. 0676/6421268.

ST. PÖLTEN I und II (142, 143 u. 144): **Sprechstunden der Österr. Beamtenversicherung:** Mo 9-10.30 Uhr • **Sprechtage des Außendienstes der Sparda Bank:** jeden Do 9-10.30 Uhr, Betriebsratszimmer, 1. St., ÖGB-Haus, Gewerkschaftsplatz 1, 3100 St. Pölten, Tel. 02742/32514, Basa 8822/1200 bzw. jeden Do ab 11 Uhr im Betriebsratszimmer TS-Werk St. Pölten, Werkstättenstr. 17 (**Sparda-Auskünfte:** Koll. Mateschitz, Tel.: 0676/899871002 bzw. im Betriebsratsbüro).

ST. PÖLTEN-PENS. (144): Mo u. Mi 8.30-10.30 Uhr, Eisenbahnerheim, Josefstr. 29b, Tel. 02742/93000/1201.

TULLN-PENS. (147): jeden 1. Di 9-11 Uhr, Bf. Tulln, Tel. 0650/5611545.

LEOBERSDORF-BADEN (149): jeden 1. und 3. Mi 9-11.30 Uhr, Bf. Wittmannsdorf, Schubertgasse 20, 2544 Leobersdorf, Tel. 0664/3617712 oder 0664/6145596.

WOLKERSDORF (150): jeden 1. und 3. Mi 10-11 Uhr, Volkshaus, Bahnstr. 5, Tel. 02288/6758.

WR. NEUSTADT (151): Mo u.

Mi 9-11 Uhr, Bf. Wr. Neustadt, vida-Sekretariat, Tel. 02622/23561/335.

KREMS-PENS. (161): Di u. Do 9-11 Uhr, Bahnhofspl. 3, Zi. 209, Tel. 0664/5960681.

GMÜND-PENS. (162): nach Vereinbarung, Tel. 02856/3866.

BURGENLAND

EISENSTADT-PENS. (113): nach Vereinbarung mit Koll. Brandl, Tel. 02684/2319.

LACKENBACH (126): nach Vereinbarung mit Koll. Linzer, Tel. 0664/4580206.

PARNDORF-PENS. (131): jeden 1. Di 9-11 Uhr, Bf. Parndorf, Tel. 02166/2290/381, **Voranmeldung** bei Koll. Dölpl, Tel. 02166/3378.

WULKAPRODERSDORF (132): jeden Fr 8-12 Uhr, Betriebsratsbüro, Bf. Wulkaprodersdorf.

OBERWART-PENS. (156): jeden 1. Mi 9.30-11.30 Uhr, Bf. Oberwart, Tel. 03352/32323.

NEUSIEDL/SEE-PENS. (157): nach Vereinbarung mit Koll. Aringer, Tel. 0664/2758626.

MATTERSBURG-PENS. (160): nach Vereinbarung mit Koll. Zerkhold, Tel. 02626/63981.

ÖBERÖSTERREICH

ST. VALENTIN/ENNS (145): Mi 8-11 Uhr, Volksheim, Vieharterstr. 15, 4300 St. Valentin, Tel. 07435/58998 oder

0664/6145716 • **Gebietsbetreuung ENNS-PENS.:** jeden 1. u. 3. Di 9-10 Uhr, 4470 Enns, Lorcherstr. 1 (neben dem Feuerwehr-Depot).

ATTNANG-PUCHHEIM-PENS. (201): Di (werktags) 8.30-11 Uhr, Bf. Attnang-P., Tel./Fax 07674/608/4945 • **Gebietsbetreuung GMUNDEN-PENS.:** jeden 1. Di (werktags) 8.30-11 Uhr, Bf. Gmunden, Tel. 0664/2014131 • **Stammtisch** jeden 1. Mo (werktags), 14 Uhr, GH Staudinger, Aurachkirchen • **Gebietsbetreuung VÖCKLABRUCK-PENS.:** **Stammtisch** jeden 1. Do (werktags), 14 Uhr, GH Fellner, Vöcklamarkt.

SALZKAMMERGUT (202): **Gebietsbetreuung EBENSEE-PENS.:** nach Vereinbarung, Tel. 0699/10472680 oder 06133/6180, E-Mail: piontek@gmx.at • **Stammtisch** jeden 3. Do 16 Uhr, Gasthof Auerhahn • **Gebietsbetreuung BAD GOISERN-PENS.:** nach Vereinbarung, Tel. 0664/5514153 • **Gebietsbetreuung BAD ISCHL-PENS.:** nach Vereinbarung, Tel. 06132/25165.

BRAUNAU-PENS. (203): nach Vereinbarung, Tel. 07722/84469.

KIRCHDORF/KREMS (212): nach Vereinbarung, Tel. 0664/4827265.

KLEINREIFLING (213): jeden 1. Mo 8-11 Uhr, Tel. 07357/522/181 oder 0664/8297257 • **PensionistInnen:** nach Vereinbarung, Tel. 07357/230.

LINZ (215): Mo, Di, Mi, Fr 8-11.30 Uhr, Weingartshofstr. 2, 4020 Linz, Tel. 0732/653363.

LINZ-PENS. (215): Mo-Fr 8-11.30 Uhr, Weingartshofstr. 2, 4020 Linz, Tel. 0732/653363/6712 oder 6713 • **Jahreshauptversammlung:** 24.11.2009, 14 Uhr, Linz, neues Rathaus.

NEUMARKT-GRIESKIRCHEN (217): **Gebietsbetreuung NEUMARKT-PENS.:** nach Vereinbarung, Tel. 07733/6168 • **Gebietsbetreuung GRIESKIRCHEN-PENS.:** nach Vereinbarung, Tel. 07248/68329.

RIED-PENS. (218): jeden 1. Di im März, Juni, Sept., Dez., 14.30 Uhr, Bahnhofrestaurant, 4910 Ried, Tel. 07751/201722.

ST. GEORGEN/GUSEN-PENS. (220): nach Vereinbarung, Tel. 07237/3884.

SCHÄRDING-RIEDAU (221): nach Vereinbarung, Tel. 0699/81608053 • **PensionistInnen:** jeden 1. Mo (werktags) 9-11 Uhr, Bf. Schärding, Tel. 0699/81298172.

SUMMERAU-FREISTADT-PENS. (222): nach Vereinbarung, Tel. 0664/3919420.

STEYR-PENS. (223): Mo (werktags) 9-11 Uhr, Bf. Steyr, Tel. 07252/595/147.

WELS (226): nach Vereinbarung, Tel. 07242/93000/2950 oder 0664/8263983 • **PensionistInnen:** jeden 1. u. 3. Mo 9-11 Uhr, ehem. Bahnarztordination, Bahnhofstr. 31a, 4600 Wels.

WINDISCHGARSTEN (227): nach Vereinbarung, Tel. 0664/8297252 • **PensionistInnen:** nach Vereinbarung, Tel. 07562/8449.

SALZBURG

BISCHOFSHOFEN-PENS. (301): Di 9-11 Uhr, Salzburger Str. 6.

SAALFELDEN-PENS. (305): jeden 1. Di 9-11 Uhr, Bahnhofstr. 65.

SALZBURG-PENS. (309): Di 8.30-11.30 Uhr, 5020 Salzburg, Markus-Sittikus-Str. 10, Tel. 0662/871228.

KÄRNTEN

VILLACH SÜD-ARNOLDSTEIN-GAILTAL (401): Verschiebe-Bf., Betriebsgebäude H3, 8-13 Uhr (Basa 8968/484) • Betrieb jeden 2. Di • Betrieb-Stationendienst jeden 1. und 4. Di • Personen- und Güterverkehr jeden 3. Di • **PensionistInnen:** Di 9-11 Uhr, 9601 Arnoldstein, Bahnhofstr. 4, Bahnhofgebäude, Tel. 0664/6145680.

KLAGENFURT (402): Mo u. Mi 8.30-11.30 Uhr, Hbf. Klagenfurt, Tel. 0463/93000/396.

ROSENBACH-PENS. (405): Fr 9-12 Uhr, Bf. Rosenbach.

SPITTAL/MILLSTÄTTERSEE-PENS. (406): jeden 1. u. 3. Di 9-11 Uhr, Bf. Spittal/M.

ST. VEIT/GLAN (407): jeden Mi (werktags) 9-11 Uhr, Bf. St.Veit/G., jeden 1. Mi ÖBV-Beratung.

VILLACH (409): Di u. Do 9-11 Uhr, Hbf. Villach.

VILLACH-PENS. (409): Di-Do 8-11 Uhr, Widmannng. 11/1/Zi 112, Tel. 04242/26294-13.

WOLFSBERG (410): nach Vereinbarung, Tel. 0664/9685310, www.vidawog.at.tf • **PensionistInnen:** jeden 1. Di 9-10.30 Uhr, Bf. Wolfsberg.

STEIERMARK

BRUCK/MUR (501): Mi 16-18 Uhr bzw. nach Vereinbarung, Tel. 03862/53186, ÖGB-Haus, Schillerstr. 22, 8600 Bruck/Mur • **PensionistInnen:** Di-Fr 8-11 Uhr, ÖGB-Haus, Tel. 0664/4947957.

FEHRING (502): Di 8-12 Uhr, ESV-Heim, 8350 Fehring, Tel. 0664/3733242 • **PensionistInnen:** jeden 1. Di 10-12 Uhr, ESV-Heim, Tel. 0664/1326468.

FRIEDBERG (503): jeden 1. Fr 10-11 Uhr, Bahnhofstr. 50, 8240 Friedberg; in dringenden Fällen Tel. Pens.-Obmann 03339/22500 oder Obmann 0664/1642753 • **PensionistInnen:** Fr 11 Uhr, Bahnhofrestauration Krausler.

GRAZ (504): nach Vereinbarung, Tel. 0664/6145726 • **PensionistInnen:** Di, Mi, Do 9-11 Uhr, Europaplatz 2/2/Zi 2404, Tel. 0316/93000/325 oder 0664/6145746.

KNITTELFELD (505): nach Vereinbarung, Tel. 03512/93000/318 oder 559 • **PensionistInnen:** Do 9-11.30 Uhr, Hans-Resel-Gasse 2/1. Stock, 8720 Knittelfeld, Tel. 03512/82435/3.

LEOBEN (506): Mi 9-11.30 Uhr, jeden 1. Mi zusätzlich ÖBV-Beratung, Alois-Edlinger-Gasse 26/3, 8700 Leoben, Tel. 0664/5942969.

MÜRZZUSCHLAG (507): Mo u. Do 8-11 Uhr, Kaplanplatz 3, 8680 Mürzzuschlag, Tel. 0676/899871008.

MURAU (508): nach Vereinbarung, Tel. 0650/2911980 • **PensionistInnen:** nach Ver-

einbarung, Tel. 03532/2627 oder 0664/1139987.

NEUMARKT (509): nach Vereinbarung, Tel. 0664/2410959 • **PensionistInnen:** nach Vereinbarung, Tel. 0650/3121067.

ST. MICHAEL (510): Di 9-11 Uhr (ausgen. Schulferien), Bf. St. Michael, Bahnhofplatz 4.

SELZTHAL (511): Di 8-10 Uhr, Bahnhofstr. 45 (ehem. Sparda), Tel. 0664/8297238 • **PensionistInnen:** jeden 1. und 3. Di 9-10 Uhr, Bahnhofstr. 45, Tel. 0676/7828399.

ZELTWEG (513): nach Vereinbarung, Tel. 0699/11593576 • **PensionistInnen:** jeden letzten Mi 9-10.30 Uhr, Bf. Zeltweg, 1. Stock, Tel. 03577/24814 oder 0676/9613622.

LEIBNITZ (514): nach Vereinbarung, Tel. 0664/8263193 • **PensionistInnen:** Mo 10-12 Uhr, Bf. Leibnitz, Tel. 03184/3321.

STAINACH-IRDNING (515): nach Vereinbarung, Tel. 0664/4283762 • **PensionistInnen:** nach Vereinbarung, Tel. 03612/25524.

HIEFLAU (516): jeden Monatsersten 8-10 Uhr (werktags), Kaserne Hieflau, Tel. 03634/230/120.

HARTBERG (517): nach Vereinbarung, Tel. 0664/4045185.

SCHLADMING-PENS. (518): nach Vereinbarung, Tel. 03687/22130 oder 22493.

BAD RADKERSBURG (519): nach Vereinbarung, Tel. 03452/82300/390 • **PensionistInnen:** nach Vereinbarung, Tel. 03476/3210 oder 0664/9177744.

EISENERZ-PENS. (520): nach Vereinbarung, Tel. 0650/3517197.

BAD AUSSEE (521): nach Vereinbarung, Tel. 0676/3728366 • **PensionistInnen:** nach Vereinbarung, Tel. 06131/550.

GRAZ-PRIVATBAHNEN (522): Mo-Do 7-16 Uhr, Fr 7-12 Uhr, Graz-Köflacherbf., Betriebsratsbüro, Tel. 0316/573497/290 • **PensionistInnen:** Di 8-11 Uhr, Köflacherbf., EG/Zi 6, Tel. 0316/5987/292.

TIROL

HALL (605): jeden 1. und 3. Mo 8-10 Uhr, Bf. Hall, Tel. 0664/6145479.

INNSBRUCK 1 (606): Mo-Fr 8-12 Uhr, ÖGB-Haus, 4. Stock, Innsbruck, Südtiroler Platz 14-16, Tel. 0512/59777/308.

INNSBRUCK 2 (607): Mo-Fr 8-12 Uhr, Innsbruck, Pastorstr. 5, Tel. 0512/5307/180.

LIENZ (616): Mo 9-11 Uhr, Volkshaus, 1. Stock, Lienz, Beda-Weber-G. 20, Tel. 0681/10411929.

VORARLBERG

BLUDENZ-PENS. (601): Di u. Do (Juli/Aug. nur Di) 9-11 Uhr, Bf. Bludenz, Tel. 05552/65816/3.

BREGENZ-PENS. (602): Di u. Do 9-11 Uhr, Bf. Bregenz, Tel. 05574/93000/1347.

FELDKIRCH-PENS. (604): Di 9-11 Uhr, Bf. Feldkirch, Tel. 05522/311/1720.

In Memoriam

Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:



IM AKTIVSTAND VERSTORBEN:

Cerny Erlinda, 3552 Lengendorf, 1956
Felber Alois, 8020 Graz, 1952
Fröhlich Manfred, 3400 Klosterneuburg, 1954
Güngör Abbas, 1020 Wien, 1951
Hornig Erwin, 1190 Wien, 1952
Kelemen Wolfgang, 4063 Hörsching, 1958
Krammer Adolf, 7533 Ollersdorf 1955
Plank Herbert, 2126 Ladendorf, 1957
Rakic Ljubomir, 1090 Wien, 1948
Schenkermayer Dieter, 3100 St. Pölten, 1961
Schulz Herbert, 4783 Wernstein, 1950
Steigl Josef, 1210 Wien, 1965
Timm Christof, 2471 Pachfurth, 1959

IM RUHESTAND VERSTORBEN:

B
Becker Franz, 6020 Innsbruck, 1955
Benz Robert, 6425 Haiming, 1925
Bierbaum Gottfried, 8020 Graz, 1931
Binder Gerhard, 8720 Knittelfeld, 1948
Brandstetter Richard, 1100 Wien, 1943
Brandtner Gerhard, 4030 Linz, 1928
Burgstaller Herbert, 3564 Plank, 1932

D
Deimel Rudolf, 3443 Sieghartskirchen, 1942
Doppelhofer Josef, 8530 Deutschlandsberg, 1922

E
Eckelsberger Franz, 3233 Kilb, 1929
Ecker Adolf, 3002 Purkersdorf, 1929

F
Falle Hermann, 9500 Villach, 1921
Farnik Josef, 1100 Wien, 1932
Fehring Andreas, 1110 Wien, 1967
Feldbacher Ferdinand, 5400 Hallein, 1929
Fenzl Therese, 4072 Alkoven, 1924

Fohr Ferdinand, 8720 Knittelfeld, 1938
Freitag Kurt, 1100 Wien, 1928
Friedl Karl, 1150 Wien, 1911
Frischauf Alfred, 2092 Riegersburg, 1933
Fuchs Johann, 8530 Deutschlandsberg, 1918

G
Garber Franz, 6020 Innsbruck, 1935
Garreis Rudolf, 3002 Purkersdorf, 1929
Gastl Josef, 6020 Innsbruck, 1938
Gerold Fritz, 8774 Mautern, 1950
Gerstl Erich, 1030 Wien, 1926
Glatzl Alois, 1120 Wien, 1926
Götzenbrugger Franz, 8911 Admont, 1940
Dr. Grafeneder Rupert, 8670 Krieglach, 1923
Griesser Karl, 8700 Leoben, 1921
Gruber Alois, 3150 Wilhelmsburg, 1950
Gutdeutsch Otto, 7111 Parndorf, 1952

H
Hahn Johann, 3100 St. Pölten, 1933
Ing. Hanetseder Johann, 4020 Linz, 1924
Harringer Josef, 4850 Timelkam, 1932
Harter Margarete, 1210 Wien, 1921
Hartl Ernst, 4611 Buchkirchen, 1926
Hartner Ernst, 2451 Hof, 1928
Haunschmid Herbert, 4030 Linz, 1937
Hengstler Peter, 8720 Knittelfeld, 1960
Hinterberger Leopold, 4020 Linz, 1955
Huber Josef, 9800 Spittal, 1944

I
Illy Josef, 4690 Schwanenstadt, 1927
Irschik Karl, 2095 Drosendorf, 1921

J
Jedinger Reinhard, 4800 Attnang-P., 1953

K
Kabosch Josef, 6020 Innsbruck, 1934
Kaufman Robert, 9583 Faak, 1938
Kilzer Josef, 9500 Villach, 1919
Kipf Egon, 1200 Wien, 1927

Kirisits Robert, 1030 Wien, 1925
Kofler Anton, 9581 Ledenitzen, 1922
Kollnig Johann, 9904 Thurn, 1925
Konecny Walter, 2700 Wr. Neustadt, 1936
Kothmayer Karl, 6020 Innsbruck, 1933
Krislmayer Thomas, 9771 Berg, 1928
Kürzl Leopold, 3500 Krems, 1918

L
Langmaier Richard, 8720 Knittelfeld, 1936
Lauritsch Leopold, 9521 Treffen, 1926
Leitner Friedrich, 1100 Wien, 1938
Letsch Hermann, 2421 Kittsee, 1936
Lienbacher Rupert, 5500 Bischofshofen, 1959

M
Makovec Leopold, 6401 Inzing, 1920
Maurer Johannes, 4800 Attnang-P., 1953
Mayr Karl, 3133 Traismauer, 1933
Melischnig Johann, 9020 Klagenfurt, 1924
Müller Josef, 6820 Frastanz, 1925
Müllner Emmerich, 3950 Gmünd, 1940

N
Nagl Karl, 1140 Wien, 1917
Nagowitz Oskar, 2630 Ternitz, 1941
Neulinger Franz, 3300 Amstetten, 1924
Niessner Alfred, 1170 Wien, 1916

P
Partsch Rudolf, 1100 Wien, 1934
Peihser Maria, 8700 Leoben, 1925
Pelzmann Johann, 4053 Haid, 1928
Pichler Johann, 8862 Stadl/Mur, 1926
Platzer Siegfried, 9800 Spittal, 1934
Postl Franz, 2544 Leobersdorf, 1940
Pribil Walter, 1150 Wien, 1926
Puschnig Heinz, 6020 Innsbruck, 1948

R
Rainer Johann, 8720 Apfelberg, 1930
Raubek Rudolf, 1020 Wien, 1926

Riener Harald, 6300 Wörgl, 1931
Rudolf Elisabeth, 1100 Wien, 1913

S
Sallmanshofer Karl, 5020 Salzburg, 1934
Scheurer Johann, 6250 Kundl, 1929
Schleiffer Leopoldine, 1100 Wien, 1925
Schmied Gottfried, 5500 Bischofshofen, 1934
Schopf Alfred, 4840 Vöcklabruck, 1921
Schuh Johann, 8243 Pinggau, 1926
Schultes Gottfried, 6574 Pettneu, 1950
Sieberer Ludwig, 6135 Stans, 1922
Siegl Gottfried, 1230 Wien, 1923
Sikora Gertrude, 1100 Wien, 1929
Smutek Rudolf, 2293 Marchegg, 1935
Staud Alfred, 3961 Waldenstein, 1931
Stocker Siegfried, 8732 Seckau, 1955
Stöglehner Theresia, 4061 Pasching, 1934
Streyczek Theresia, 3100 St. Pölten, 1937

T
Tengg Hubert, 9521 Treffen, 1923
Thalhammer Robert, 3100 St. Pölten, 1923
Tietze Robert, 1200 Wien, 1949
Toifl Alois, 2123 Schleibach, 1941
Tringl Karl, 3001 Mauerbach, 1909

W
Weber Rudolf, 1070 Wien, 1940
Weinberger Gottfried, 4701 Bad Schallerbach, 1916
Willert Heinrich, 5203 Köstendorf, 1924
Wimmer Josef, 1210 Wien, 1921
Windhör Gerhard, 3133 Traismauer, 1940
Winkelbauer Alois, 1100 Wien, 1935
Witsch Otto, 6170 Zirl, 1920
Wrentschur Josef, 5630 Bad Hofgastein, 1917
Wutte Horst, 9560 Feldkirchen, 1938

Z
Ing. Zeiner Gerhard, 1210 Wien, 1925

Gewerkschafter retten Schiliftanlage

Unermüdlicher Einsatz zahlt sich aus – zwei couragierte Gewerkschaftsmitglieder konnten eine Schiliftanlage in der Region Stubalpe in der Steiermark vor dem Aus retten.

Es war schon eine fast beschlossene Sache der Gemeinde Maria Lankowitz: Die Liftanlage im Schigebiet beim Alten Almhaus sollte verkauft und nach Rumänien abtransportiert werden. „Das konnten wir einfach nicht zulassen und daher wurden wir aktiv“, schildern Erwin Aß-

mann, vor seiner Pensionierung Obmann der Personalvertretung der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH (GKB) und Willibald Fuchs, Mitglied der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Die beiden Männer kauften der Gemeinde das Schigebiet ab. Damit retteten sie nicht nur den Schibetrieb im Naherholungsgebiet, sondern auch die dort ansässige Gastronomie.

Geschenk für Familien. Das war ein mutiger Schritt, denn auf dieser Alm hat man keinen Strom und muss die Aufstiegshilfen mit teurem Diesel betreiben. Zudem ist man vom Naturschnee abhängig, weil es keine Beschneigungsanlage gibt. Aber gerade darauf sind die



Schilifte Altes Almhaus: Günstiges Schivergnügen für die ganze Familie

Foto: Schilifte Altes Almhaus

Betreiber auch stolz. Ein Naturschneeschigebiet bietet ein ganz besonderes Fahrvergnügen. Dennoch möchte der „Verein zur Erhaltung der Schilifte im Naherholungsgebiet Altes Almhaus“ die Karten günstig anbieten. „Wir wollen Familien einen relativ günstigen Schiurlaub ohne allzu lange Anfahrtszeiten ermöglichen“, erklären beide Gewerkschafter und ergänzen: „In Zeiten, wo alles teurer wird, ein Geschenk für Familien.“

vida-Mitglieder erhalten auf jede Karte (außer Saisonkarte) 10 Prozent Ermäßigung.



Webtipp

Nähere Informationen zum Schigebiet und die Preise für die Schilifte finden Sie auf www.altesalmhaus.at

Gewinnspiel

vida verlost je 3 Tageskarten für die Schilifte Altes Almhaus.

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage: In welcher Region liegt das Schigebiet Altes Almhaus?

Antworten an: vida/Pressereferat, Kennwort: „Schigebiet Altes Almhaus“
Margaretenstraße 166, A-1050 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at
Einsendeschluss: 4. Dez. 09



v.l.n.r.: Erwin Aßmann, Bürgermeister Josef Riemer, Willibald Fuchs

Alle Jahre vida

Auch 2009 weihnachtet es auf www.vida.at. Viele tolle Preise warten auf vida-Mitglieder. Beim Online-Adventkalender.

Ab 1. Dezember heißt es wieder: Adventkalender her und sich jeden Tag bis Weihnachten überraschen lassen. Auch die Gewerkschaft vida lädt zum Fenster öffnen ein. Mit dem Adventkalender auf www.vida.at haben Gewerkschaftsmitglieder die Chance, tolle Preise zu gewinnen und gleichzeitig mehr über die Gewerkschaftsbewegung zu erfahren.

Vom 1. bis 24. Dezember öffnet sich jeden Tag ein neues Kästchen und damit auch eine neue Wissensfrage. Beantworten Sie die 24 Fragen richtig, erhalten Sie zum



Schluss ein Lösungswort, das Ihnen mit etwas Glück ein Geschenk bringt. Notieren Sie sich einfach die Buchstaben der richtigen Antworten und schicken Sie uns bis spätestens 31. Dezember 2009 ein E-Mail mit den aneinander gereihten Buchstaben an internet@vida.at.

vida-Mitglieder ohne Internetzugang können die Fragen im vida-Pressereferat anfordern und uns die Antwort per Post zuschicken (vida-Pressereferat, Margaretenstr. 166, 1050 Wien, Tel.: 01/54641-114, Fax: 01/53444-102110).

Die Verlosung der Preise findet Mitte Jänner 2010 statt. Die GewinnerInnen werden auf www.vida.at veröffentlicht.

vida wünscht Ihnen viel Glück und eine schöne Weihnachtszeit!

vida-PensionistInnen

Schweinegrippe: Information zur neuen Grippe H1N1

Die vida-PensionistInnen und die VAEB empfehlen die saisonale Grippeimpfung, um eine Doppelinfektion zu vermeiden.

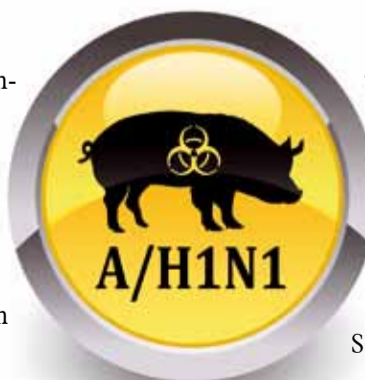
Aufgrund der derzeitigen Situation mit zwei verschiedenen Grippekeimen wird aus medizinischer Sicht dringend die Durchführung der saisonalen (Wintergrippe) Impfung empfohlen, um eine eventuelle Doppelinfektion zu verhin-

dern. Es gibt keinen Grund, die so genannte neue Grippe (H1N1) anders als die saisonal im Winterhalbjahr auftretende Grippe zu behandeln, empfehlen die ÄrztInnen der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) und der Wellcon GmbH in Kooperation mit den vida-PensionistInnen.

Erkrankungsverlauf. Es hat sich sogar gezeigt, dass die bisherige Zahl der Erkrankten in Österreich ein paar Hundert betrug und der Erkrankungsverlauf vergleichsweise kurz und arm an Komplikationen war. Im Gegensatz dazu steht die Wintergrippe

mit jährlich mehreren 10.000 Erkrankten und einen durch Komplikationen bis hin zu Todesfällen gekennzeichneten schwierigen Verlauf.

Neuer Impfstoff. Gegen die seit Sommer 2009 kursierende Schweinegrippe (= neue Grippe H1N1) gibt es voraussichtlich ab dem 27.10.2009 einen eigenen neuen Impfstoff, welcher zunächst für Gesundheitspersonal und Risikopatienten sowie in wei-



terer Folge auch für alle anderen Impfwilligen zur Verfügung stehen soll. Die Zulassung schließt Kinder ab dem 6. Lebensmonat und Schwangere mit ein.

Eigene Impfstraßen. Der Impfstoff wird aber aufgrund komplexer Rahmenbedingungen nicht öffentlich erhältlich sein, sodass die Impfung in eigenen zu errichtenden Impfstraßen zwei Mal im Abstand von einigen Wochen erfolgen soll.

Influenza-Hotline. Impfwillige, die sich auch diese Impfung verabreichen lassen wollen, können ab der ersten Novemberhälfte 2009 unter der Telefonnummer 050 555 555 (Influenza-Hotline des Gesundheitsministeriums zu allen Fragen betreffend „Neues Grippevirus“, erreichbar von Mo bis Fr von 8 bis 17 Uhr) erfragen, wo in ihrer Wohnortumgebung eine diesbezügliche Impfmöglichkeit besteht.

vida-PensionistInnen Tel. 01/54 641 - 322; E-Mail: pensionistInnen@vida.at

Internet: www.vaeb.at